ZWO MÄRKER

BZ

BESETZERINNEN-ZEITUNG

JAHRGANG 3 NR. 34, 24.9. .92

Vorwort

Juhu - da sind wir wieder. Die Zeiten sind so, daß wir mit dem Zeitung-Machen fast nicht mehr hinter her kommen. Auch viele von uns sind unterwegs, weil durch Detschland der neofaschistische Mob tobt. Auch darum kommt diese Nummer eine Woche später.
Die Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben sich wiedereinmal als getreue Erfüllungsgehilfen der Gewalt erwiesen: nach mehrtägigen Angriffen sind die AsylantInnenwohnheime in Quedlienburg und Wismar geräumt worden. Die Mecklenburger Polizei gibt sich besonders widerstandsbereit: sie kündigt Razzien gegen Rechts vorher öffentlich an. Die Zahl derjenigen, die sich in deutschen Parlamenten offen als Faschisten zu erkennen geben, wächst von Tag zu Tag. Wir haben desswegen einen größeren Artikel aus der TROTZDEM aus Braunschweig übernommen, der autonome Flüchtlingspolitik thematisiert. Außerdem findet ihr den Bericht einer Reise von Leipziger GenossInnen durch Palästina.
Die Artikel aus und über Halle und die Nachrichten aus Sachsen-Anhalt haben wir aus SUBOTNIK IN L.A. übernommen, dem ex-VL-Info, das heute "politische Nachrichten und Hintergründe nicht nur für Halle" unters Volk bringt.
Post haben wir auch von einer ganzen Menge anderer Zeitungsprojekte bekommen. Wir freuen uns darüber und ihr werdet ganz sicher von uns hören. Besonders gut finden wir, daß sich in der letzten Zeit einige Initiativen aus der ehemaligen DDR gemeldet haben. Wir haben den Eindruck, daß unser Ziel einer länderweiten Vernetzung doch nicht so utopisch ist. Obwohl noch jede Menge Arbeit nötig ist ...
Am Anfang dieses Heftes dokumentieren wir den Streit, der wegen der Vorwürfe gegen das Aktionsbündnis W.B.A. im Berliner Prenzlauer Berg entbrannt ist. Wir können uns allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß es hier um des Kaisers Bart geht. Vielleicht aber kann dieser Streit tatsächlich der Anlaß sein, den Schutt aus Mißverständnissen und Mißtrauen, der zwischen Ost- und Westberliner GenossInnen liegt, wenigstens teilweise aufzuräumen.
Ihr hört von uns wieder in vierzehn Tagen.

Nach einem langen Sommer und Querelen macht die INFOKNEIPE im "ANSTOSS" (Brunnenstraße 7) auf.
Ab 25.9.92 beginnen wir unser Programm mit dem Film "PANZERKREUZER POTEMKIN"
Am 2.10. ist der Laden geschlossen, aber ab dann gibt es wieder jeden FREITAG eine INFOKNEIPE im "ANSTOSS"

das Cafeteam

INHALT

V.i.S.d.P.: Franziska Eichstätt-Bähh
HerausgeberInnen: diese und jene

unsere einzige Redaktionsadresse
(bitte keine Post ans LAI mehr!):
Bandito Rosso (BZ)
Lottumstr.10a
O-1054 Berlin

Presseerklärung
zur Räumung der Pfarrstrasse 112 am 27.8.92

Gegen Mittag kam der (angeblich) neue Hausbesitzer im Polizeitransporter vorgefahren. Es kamen drei Polizisten zum Haus und sprachen mit Personen, die davor saßen. Sie gaben an, das der japanische Bonze im Fahrzeug der neue Besitzer sei.
Wir Wollten Beweise dafür sehen, d.h. die Besitzurkunde. Diese schien aber nicht zu existieren. Das zweite Mal kam der ausländische Imperialist mit drei anderen Polizisten zu uns. Er sagte zu, daß wir rausgehen sollen. Darauf meinte ein Polizist, daß sie wiederkommen würden.
Wir waren davon sehr überrascht, da wir immer noch davon ausgingen, daß Margarete Thümichen die Eigentümerin sei.
Darauf setzte sich einer von uns mit einem Rechtsanwalt in Verbindung. Er sicherte uns zu, daß er kommen würde, wenn geräumt wird.
Auf Information des Verwalters, wollten nur der ~~Je~~ Bestialische Kämpfer für mehr ungerechtigkeit und Leute von der Vermessung ins Haus. So bekamen wir den Eindruck, daß die Bullizei nur ein Druckmittel sei.
Dadurch war während der Räumung kein Anwalt zugegen.
Kurz danach rückt eine Hundertschaft Schweine (e2) an.
Sie forderten uns drei mal auf, das Haus zu verlassen, ansonsten würden sie räumen.
Wir kamen dieser Aufforderung nicht nach, und blieben im Haus.
Darauf wurde das Haus umstellt und kurz darauf gestürmt!
Wir befanden uns bis auf zwei Personen in einem Raum im 4.Stock.
Nach ca. 20 Minuten wurde der erste Mensch, eine Frau, abgeführt.
Diese Frau wurde von drei Sadisten brutal an eine Plakatwand geschleudert und bekam Fausthiebe auf den Kopf. Sämtliche BewohnerInnen wurden körperlich schwer misshandelt!
Tatsache ist: das Haus wurde ohne Räumungsfrist und von unserem Rechtsverständnis aus illegal geräumt, mit einer Brutalität die ansonsten Faschisten zu eigen ist.
Das Haus wurde auch nicht, wie irrtümlich von der Presse berichtet, erst am selben Tag besetzt, sondern wurde schon zwei Monate von uns bewohnt und renoviert!!!!!!!!!

Warum der ausländische Imperialist?
Das ist eine Klassenfrage
und KEINE nationale!!!

Die BesetzerInnen der Pfarrstrasse 112

DIE HÄUSER DENEN? DIE SIE KAUFEN! ALLE ERSAUFEN!!!!!!!
SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN UND ZENTREN!!!!!!!

Übrigens zwei Menschen von uns sitzen jetzt in u-haft!
Anzeige wegen schwerem Landfriedens?bruch pp und versuchtem Totschlags!

Zur Räumung der Pfarrstr . 112

Wie wir vielleicht alle wissen , wurde am Freitag den 28 .08. die 112 in der Pfarrstr. geräumt . Dabei wurden 2 Leute abgegriffen die beide immer noch in Haft sitzen . Bei der Verhaftung wurden alle Verhafteten mißhandelt . (Blutergüße , Prellungen und Gehirnerschütterung) Die Mißhandlungen wurden erst von der Polizei eingestellt , als die Presse auftauchte . Aber die Besetzer erhielten Anzeigen , wegen versuchter Körperverletzung , Widerstand gegen die Staatsgewalt , versuchteh Totschlags und Hausfriedensbruch . Zwei der Besetzer sind sofort dem Haftrichter vorgeführt wurden, wegen versuchten Totschlags . Hier die Adresse des Einen und die Kontonummer für Spenden wegen der kommenden Prozeßkosten .

Sven Krüger
Buch.Nr. 709/92/0
JSA Plötzensee (Haus6,Station1,Haftraum628)
Fr.-Olbricht-Damm 40
1000 Berlin 13

Postgiroamt Berlin BLZ 10010010
Kto.Nr. 16374-101- Sven Krüger
Buch.Nr.709/92/0

SEITE 18 – SONNABEND, 29. AUGUST 1992

Wieder Randale in der Pfarrstraße

„Das wird hier wie in der Mainzer Straße“

● *LICHTENBERG*

Die Pfarrstraße kommt nicht zur Ruhe: Bei der Räumung des Hauses 112 am Donnerstag wurden Polizeibeamte von den Besetzern mit Steinen, Flaschen und Fernsehgeräten beworfen. Die Polizei nahm neun Jugendliche vorläufig fest, zwei wurden, wegen versuchten Totschlags dem Haftrichter vorgeführt. Seit eine andere Besetzer-Gruppe Ende 1990 abgezogen war, stand das Haus leer.

Nachdem der Eigentümer – ein Japaner – am Nachmittag bei einer Hausbegehung eine Gruppe Jugendlicher bemerkt hatte, stellte er Strafanzeige und Räumungsantrag. Daraufhin rückten 80 Beamte an, die die Besetzer nach heftiger Gegenwehr überwältigten. Möglicherweise im Zusammenhang mit der Räumung verübten Autonome später einen Anschlag auf eine Straßenbahn (s. auch S. 14).

Schon vor zwei Wochen war es zu Krawallen zwischen Besetzern und einem vom Eigentümer des Hauses Nr. 104 beauftragten Bautrupp gekommen, als dieser versuchte, das Haus zu betreten (wir berichteten). Während der Anwalt der Eigentümer von einer baulichen Sicherungsmaßnahme sprach, sahen Besetzer und Polizei in der Aktion einen Räumungsversuch. Im Gegensatz zu denen aus Haus Nr. 112 haben die Besetzer der 104 einen Duldungsvertrag.

Seit der Wende sind im Abschnitt zwischen Kaskel- und Hauffstraße mehrere Häuser – die teils noch von der Wohnungsbaugesellschaft (WBG) verwaltet werden, teils an Alteigentümer rückübertragen wurden – besetzt. Für die Sanierung von drei Häusern hat die WBG inzwischen langjährige Mietverträge mit freien Trägern abgeschlossen, die die Jugendlichen betreuen.

Die Besetzer der anderen Häuser haben, so die Polizei, entweder Duldungsverträge oder würden zumindest „stillschweigend" geduldet. Für die Polizei gebe es daher keinen Handlungsbedarf. Der Anwalt der Eigentümer von 104 hat inzwischen gerichtliche Schritte angekündigt, um die Besetzer aus dem Haus zu klagen.

Alle Häuser in der Straße stehen unter Denkmalschutz und sind dringend sanierungsbedürftig. An einigen wird bereits gebaut, für andere sind Bauanträge anhängig.

Ziel sei, so das Bezirksamt, alle Anträge bis Oktober durchzubringen. Skeptiker befürchten Krawalle: „Das wird hier wie in der Mainzer Straße."

Joachim Becker

STAND JA LANGE GENUG LEER ...

Seit 2 Jahren stand das Hinterhaus in der Gabriel-Max-Straße 7 , in Berlin Friedrichshain , leer . Es war in der DDR-Endphase entmietet worden , wegen Schimmel in einer der 10 Wohnungen . Das Haus drohte zu verfallen . Deswegen überlegten wir uns (" mehrere junge , dynamische Menschen ") ihre Wohnsituation zu verbessern , indem sie dieses Haus besetzen . Dies geschah am 07.09.92 . Die Nachbarn wurden informiert , über unser Vorhaben . Erstaunlicherweise erlebten wir nur positive Reaktionen von ihnen . Der Kiez wurde von uns nicht informiert , da es eine stille Besetzung sein sollte . Nachdem wir das Haus aufgeräumt hatten , und es sich langsam rumsprach , kamen einige Freunde vorbei . Kurz danach bekamen wir noch anderen Besuch . Dieser hatte grüne Uniformen an und kam uneingeladen . Nach nur 7 Stunden wurden wir geräumt . Aufgefordert dazu hatte der " Herr Batschulat" von der WBF .
Da wir keinen Anlass dazu gaben , konnten die Staatsdiener ihre schon zu erkennende Lust nicht umsetzen . Dafür kamen Sprüche wie :"Die Rechten sind mir lieber als die Linken , die haben nicht so gute Anwälte ","Das Wohnungsproblem läßt sich durch die Ausländerfrage lösen","Die Kanaken müssen alle in Arbeitslager" usw. Das zeigte uns wieder einmal deutlich der Großteil sind ebend nicht nur Bullen sondern ordentliche Faschisten . Das wir ohne größere Schikanen davonkamen , dürften wir wohl auch den BesetzerInnen , welche jetzt zum unterstützen kamen verdanken . Inzwischen haben wir alle ein Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch am Hals .
Am nächsten Tag besuchten wir dann die WBF . Nachdem wir eine halbe Stunde gewartet haben , nahm sich der " Herr Batschulat " (Leiter der Rechtsabteilung) Zeit für uns . Zuerst klärte er uns darüber auf , daß ein ständiger Räumungsbefehl der WBF für alle von ihnen verwalteten Häuser , bei der Polizei vorliegt . Das sollte Mensch beim Kampf um Häuser und gegen die Umstrukturierung beachten . Seine Art und Weise , die wohl am besten mit glatt und schmierig zu beschreiben ist , dürfte ja einigen Leuten bekannt sein . Nachdem er uns die Marktwirtschaft des Wohnungsmarktes erklärt hat , Moral zählt nicht , nur das Geld,(Das wußten wir bereits!) kam er zur Gabriel-Max-Straße 7 . Diese war zu diesem Zeitpunkt bereits zugemauert und damit weiter dem Verfall preisgegeben . Dann erzählte er uns etwas von Alteigentümer und zu hohen Kosten bei der Sanierung . Sonst kann Mensch mit ihm ja verhandeln , vor der Besetzung natürlich (hahaha) . Wir bekamen von ihm das Angebot , uns ein Haus zu suchen und dann mit ihm zu verhandeln . Das Ergebnis ist zwar abzusehen , aber probieren sollten wir es halt trotzdem .
Natürlich werden wir weiter gegen Leerstand , Spekulation und Umstrukturierung angehen .Für mich ist das WBA (Wir Bleiben Alle) Bündnis ein wichtiger Schritt gegen die Umstruktierung . Warum soll nicht gemeinsam mit den Bürgern verhindert werden , was den Friedrichshain kaputtmachen würde . Das gehört genauso dazu , wie Volxsport gegen Yuppieläden , NOLYMPIA-Aktionen und neue Formen zum Erkämpfen von Lebensraum . Ich hoffe , daß es trotz der Arroganz einiger , engagierten Bürgern gegenüber , möglich ist zu einer breiten Arbeitsgrundlage mit dem WBA zu

4. Hurra, wir sind drin! Sollen wir Kontakt mit dem Besitzer aufnehmen?





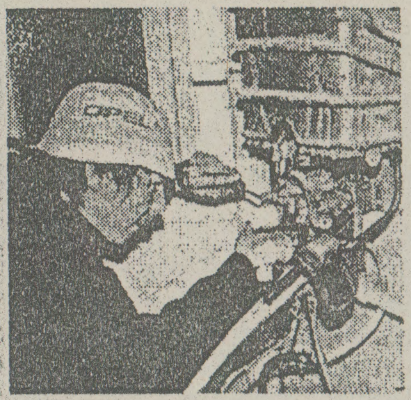
☐ Wir fragen den Besitzer schon vor der Besetzung, ob wir das Haus mieten können. (0 Punkte)

☐ Mit dem kapitalistischen Schweinesystem verhandeln wir nicht. Hau weg den Scheiss! (2 Punkte)

☐ Wir teilen dem Besitzer nach unserem Einzug die Forderungen mit. (5 Punkte)

5 Leider hat das IWB schon Strom und Wasser abgestellt und die WC's sind kaputtgeschlagen. Was nun?





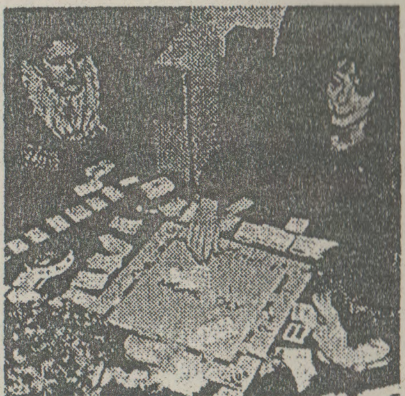

☐ Wir orientieren uns an den HöhlenbewohnerInnen: das Wohnzimmer wird verheizt, als WC dient der Hinterhof. (0 Punkte)

☐ Stromzähler lassen sich überbrükken, WC-Schüsseln auswechseln. Als InstandbesetzerInnen reparieren wir die wichtigsten Dinge. (5 Punkte)

☐ Wir scheuen jeglichen Aufwand und verlassen das Haus wieder. (0 Punkte)

6. Die erste Euphorie hat sich gelegt, die Bullen haben sich bisher auch nicht blicken lassen.

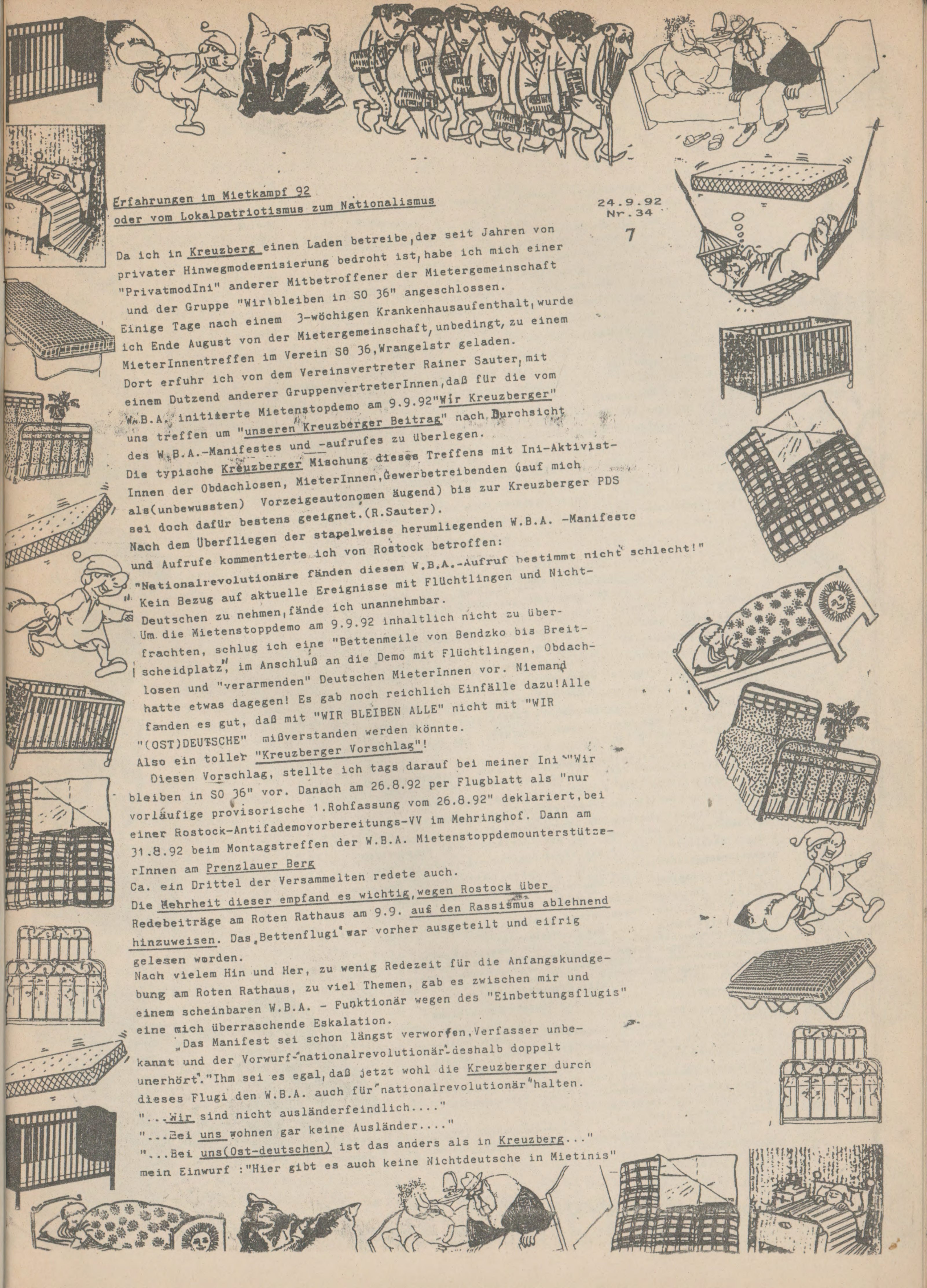




☐ Wir sitzen jeden Abend in der Beiz, das Haus überlassen wir seinem Schicksal. (2 Punkte)

☐ Wir hüten dass Haus Tag und Nacht und setzen keinen Schrittt mehr vor die Tür. Komischerweise kommt niemand mehr auf Besuch. (0 Punkte)

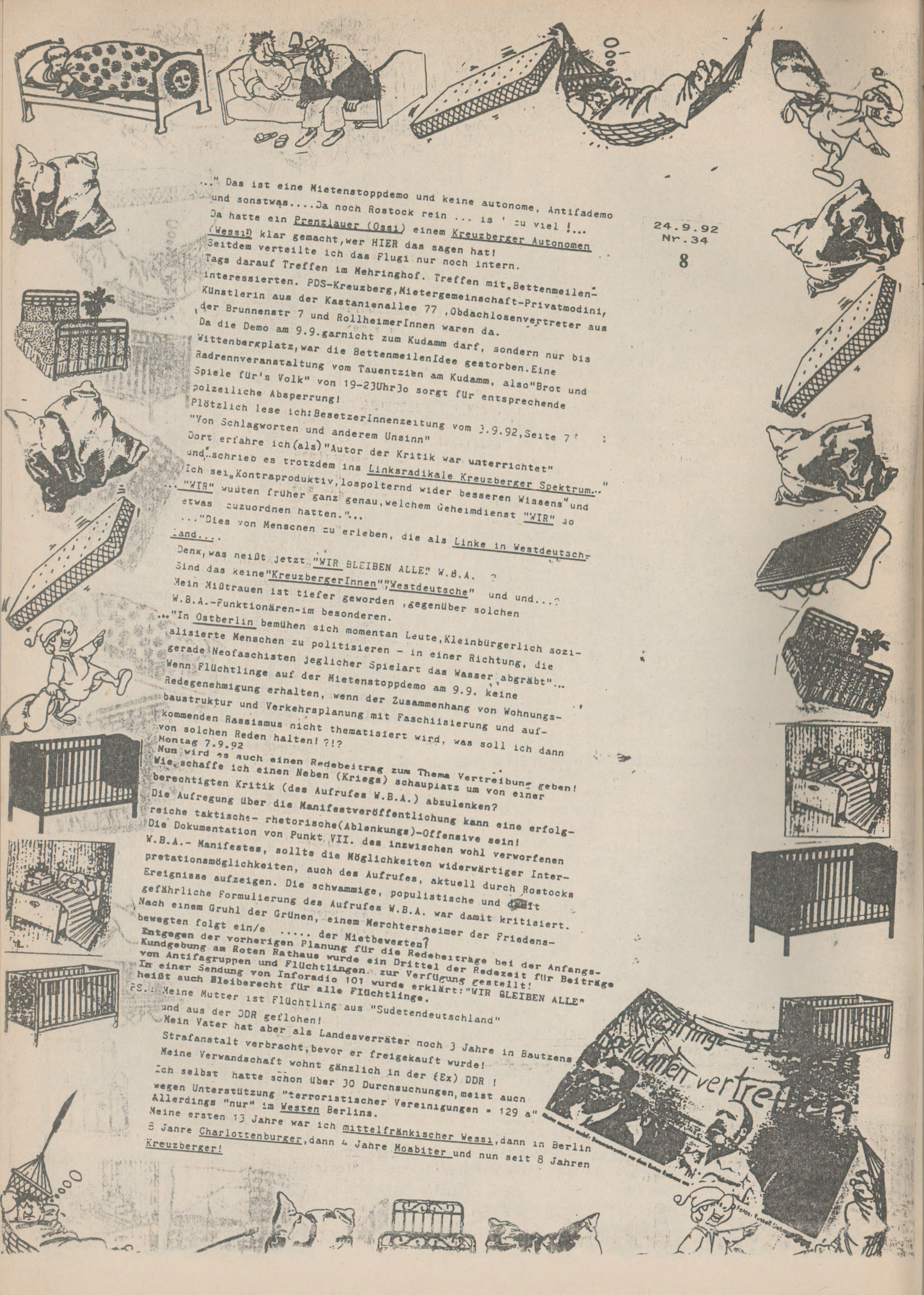
☐ Wir organisieren uns so, dass immer ein Minimum an Leuten im Haus ist und mobilisieren unsere FreundInnen (Solidarisches Übernachten). (5 Punkte)



Erfahrungen im Mietkampf 92
oder vom Lokalpatriotismus zum Nationalismus

24.9.92
Nr.34

Da ich in Kreuzberg einen Laden betreibe, der seit Jahren von privater Hinwegmodernisierung bedroht ist, habe ich mich einer "PrivatmodIni" anderer Mitbetroffener der Mietergemeinschaft und der Gruppe "Wir bleiben in SO 36" angeschlossen.
Einige Tage nach einem 3-wöchigen Krankenhausaufenthalt, wurde ich Ende August von der Mietergemeinschaft, unbedingt, zu einem MieterInnentreffen im Verein SO 36, Wrangelstr geladen.
Dort erfuhr ich von dem Vereinsvertreter Rainer Sauter, mit einem Dutzend anderer GruppenvertreterInnen, daß für die vom W.B.A. initiierte Mietenstopdemo am 9.9.92 "Wir Kreuzberger" uns treffen um "unseren Kreuzberger Beitrag" nach Durchsicht des W.B.A.-Manifestes und -aufrufes zu überlegen.
Die typische Kreuzberger Mischung dieses Treffens mit Ini-AktivistInnen der Obdachlosen, MieterInnen, Gewerbetreibenden (auf mich als (unbewussten) Vorzeigeautonomen äugend) bis zur Kreuzberger PDS sei doch dafür bestens geeignet. (R.Sauter).
Nach dem Überfliegen der stapelweise herumliegenden W.B.A. -Manifeste und Aufrufe kommentierte ich von Rostock betroffen:
"Nationalrevolutionäre fänden diesen W.B.A.-Aufruf bestimmt nicht schlecht!"
Kein Bezug auf aktuelle Ereignisse mit Flüchtlingen und Nicht-Deutschen zu nehmen, fände ich unannehmbar.
Um die Mietenstoppdemo am 9.9.92 inhaltlich nicht zu überfrachten, schlug ich eine "Bettenmeile von Bendzko bis Breitscheidplatz", im Anschluß an die Demo mit Flüchtlingen, Obdachlosen und "verarmenden" Deutschen MieterInnen vor. Niemand hatte etwas dagegen! Es gab noch reichlich Einfälle dazu! Alle fanden es gut, daß mit "WIR BLEIBEN ALLE" nicht mit "WIR "(OST)DEUTSCHE" mißverstanden werden könnte.
Also ein toller "Kreuzberger Vorschlag"!
Diesen Vorschlag, stellte ich tags darauf bei meiner Ini "Wir bleiben in SO 36" vor. Danach am 26.8.92 per Flugblatt als "nur vorläufige provisorische 1.Rohfassung vom 26.8.92" deklariert, bei einer Rostock-Antifademovorbereitungs-VV im Mehringhof. Dann am 31.8.92 beim Montagstreffen der W.B.A. MietenstoppdemounterstützerInnen am Prenzlauer Berg
Ca. ein Drittel der Versammelten redete auch.
Die Mehrheit dieser empfand es wichtig, wegen Rostock über Redebeiträge am Roten Rathaus am 9.9. auf den Rassismus ablehnend hinzuweisen. Das "Bettenflugi" war vorher ausgeteilt und eifrig gelesen worden.
Nach vielem Hin und Her, zu wenig Redezeit für die Anfangskundgebung am Roten Rathaus, zu viel Themen, gab es zwischen mir und einem scheinbaren W.B.A. - Funktionär wegen des "Einbettungsflugis" eine mich überraschende Eskalation.
"Das Manifest sei schon längst verworfen, Verfasser unbekannt und der Vorwurf "nationalrevolutionär" deshalb doppelt unerhört." "Ihm sei es egal, daß jetzt wohl die Kreuzberger durch dieses Flugi den W.B.A. auch für "nationalrevolutionär" halten.
"...Wir sind nicht ausländerfeindlich...."
"...Bei uns wohnen gar keine Ausländer...."
"...Bei uns (Ost-deutschen) ist das anders als in Kreuzberg..."
mein Einwurf :"Hier gibt es auch keine Nichtdeutsche in Mietinis"



..." Das ist eine Mietenstoppdemo und keine autonome, Antifademo und sonstwas....Da noch Rostock rein ... is ' zu viel !...
Da hatte ein Prenzlauer (Ossi) einem Kreuzberger Autonomen (Wessi!) klar gemacht,wer HIER das sagen hat!
Seitdem verteilte ich das Flugi nur noch intern.
Tags darauf Treffen im Mehringhof. Treffen mit„Bettenmeilen" interessierten. PDS-Kreuzberg,Mietergemeinschaft-Privatmodini, Künstlerin aus der Kastanienallee 77 ,Obdachlosenvertreter aus der Brunnenstr 7 und RollheimerInnen waren da.
Da die Demo am 9.9.garnicht zum Kudamm darf, sondern nur bis Wittenbergplatz,war die BettenmeilenIdee gestorben.Eine Radrennveranstaltung vom Tauentzien am Kudamm, also"Brot und Spiele für's Volk" von 19-23Uhr3o sorgt für entsprechende polzeiliche Absperrung!
Plötzlich lese ich:BesetzerInnenzeitung vom 3.9.92,Seite 7 :
"Von Schlagworten und anderem Unsinn"
Dort erfahre ich(als)"Autor der Kritik war unterrichtet" und„schrieb es trotzdem ins Linksradikale Kreuzberger Spektrum..."
Ich sei„Kontraproduktiv,lospolternd wider besseren Wissens"und ... "WIR" wußten früher ganz genau,welchem Geheimdienst "WIR" so etwas zuzuordnen hatten."...
..."Dies von Menschen zu erleben, die als Linke in Westdeutschland....
Denk,was heißt jetzt "WIR BLEIBEN ALLE" W.B.A. ?
Sind das keine"KreuzbergerInnen","Westdeutsche" und und...?
Mein Mißtrauen ist tiefer geworden ,gegenüber solchen W.B.A.-Funktionären-im besonderen.
..."In Ostberlin bemühen sich momentan Leute,Kleinbürgerlich sozialisierte Menschen zu politisieren – in einer Richtung, die gerade Neofaschisten jeglicher Spielart das Wasser abgräbt"...
Wenn Flüchtlinge auf der Mietenstoppdemo am 9.9. keine Redegenehmigung erhalten, wenn der Zusammenhang von Wohnungsbaustruktur und Verkehrsplanung mit Faschiisierung und aufkommenden Rassismus nicht thematisiert wird, was soll ich dann von solchen Reden halten! ?!?
Montag 7.9.92
Nun wird es auch einen Redebeitrag zum Thema Vertreibung geben!
Wie schaffe ich einen Neben (Kriegs) schauplatz um von einer berechtigten Kritik (des Aufrufes W.B.A.) abzulenken?
Die Aufregung über die Manifestveröffentlichung kann eine erfolgreiche taktische- rhetorische(Ablenkungs)-Offensive sein!
Die Dokumentation von Punkt VII. des inzwischen wohl verworfenen W.B.A.- Manifestes, sollte die Möglichkeiten widerwärtiger Interpretationsmöglichkeiten, auch des Aufrufes, aktuell durch Rostocks Ereignisse aufzeigen. Die schwammige, populistische und damit gefährliche Formulierung des Aufrufes W.B.A. war damit kritisiert.
Nach einem Gruhl der Grünen, einem Merchtersheimer der Friedensbewegten folgt ein/e ..... der Mietbewegten?
Entgegen der vorherigen Planung für die Redebeiträge bei der Anfangs-Kundgebung am Roten Rathaus wurde ein Drittel der Redezeit für Beiträge von Antifagruppen und Flüchtlingen. zur Verfügung gestellt!
Im einer Sendung von Inforadio 101 wurde erklärt:"WIR BLEIBEN ALLE" heißt auch Bleiberecht für alle Flüchtlinge.
PS.: Meine Mutter ist Flüchtling aus "Sudetendeutschland" und aus der DDR geflohen!
Mein Vater hat aber als Landesverräter noch 3 Jahre in Bautzens Strafanstalt verbracht,bevor er freigekauft wurde!
Meine Verwandschaft wohnt gänzlich in der (Ex) DDR !
Ich selbst hatte schon über 30 Durchsuchungen,meist auch wegen Unterstützung "terroristischer Vereinigungen = 129 a"
Allerdings "nur" im Westen Berlins.
Meine ersten 13 Jahre war ich mittelfränkischer Wessi,dann in Berlin 8 Jahre Charlottenburger,dann 4 Jahre Moabiter und nun seit 8 Jahren Kreuzberger!

9.92
.34
9

EINIGE ANMERKUNGEN ZUR AKTUELLEN DEBATTE ÜBER "NATIONALREVOLUTIONÄRE" ELEMENTE IN DER MOBILISIERUNG ZUR MIETENSTOPDEMO AM 9.9.92

als ich das papier mit der kritik an bestimmten elementen der kampagne gelesen habe, freute ich mich, daß endlich die kritik nicht nur akademisch-abgehoben aus den redaktionsstuben der gruppe k im "ak" und ähnlichen zwar sehr theoriehaltigen aber umso praxisferneren gruppierungen kommt, sondern von menschen, die direkt in den aktuellen bewegungen drinstecken.
umso niveauloser war die antwort, die unter der überschrift **VON SCHLAGWORTEN UND ANDEREM UNSINN"** in der BZ, NR. 33 abgedruckt war.
dieses papier ist im besten sed-jargon verfaßt. zwar werden prinzipiell kritische anmerkungen "wenn sie denn zutreffen", als "wichtig und richtig" bezeichnet.
danach allerdings werden volle breitseiten gegen die/den Kritiker gefeuert. wobei der formalismus der politbüros fröhliche urständ feiert. da wird eine w.b.a.-zitatensammlung, die angeblich längst zurückgezogen ist, erwähnt. die kritik allerdings richtete sich nicht gegen einzelne zitate sondern gegen strukturen, die auch in der linksradikalen/autonomen/kommunistischen bewegung nationalistische, patriarchale und antisemitische denkschemata entstehen läßt. daß eine passage, in der flüchtlinge und großkapitalisten in einen topf geworfen werden, nicht einfach verworfen werden kann, ohne zu fragen, wie solche einschätzungen überhaupt entstehen können, zeugt von einer ignoranz gegenüber den eigenen denkstrukturen. (vieleicht wird die ganze tragweite klar, wenn noch jüdinnen und juden eingesetzt werden).
einen besonders bitteren beigeschmack bekommt das papier, wenn sich zeigt, daß die reaktion auf eine solidarische kritik als `lospoltern, diffamieren, sabotieren` wahrgenommen wird, mit dem "hinweis", daß wir (?) früher ganz genau wußten, "welchem geheimdienst wir so etwas zuzuordnen hatten". zwei sätze weiter, "genau weiß das keiner"; d.h. der vorwurf daß die kritik von einem geheimdienst gesteuert sei, bleibt im raume stehen.
wir können nun die geschichte der SED- bzw. die Reaktion der führung auf kritik nachlesen und wir wissen welchen denkschematas wir eine solche herangehensweise zuordnen können. jegliche kritik als störung, als von feinden gesteuert zu interpretieren, ist die praxis auch nominalsozialistischer männerpolitik. warum wird kritik, gerade wenn sie in solch konstruktiver form wie die erwähnte, vorgetragen wird, nicht als hilfreiche unterstützung empfunden? warum erwähnt der kritikkritiker nicht, daß die kritik an nationalrevolutionären elementen gekoppelt ist, mit dem vorschlag einer "antifaschistischen bettenmeile von bendzko bis breitscheidplatz", wie im titel deutlich ablesbar? dann geriete das bild des gesteuerten saboteurs wohl ins wanken?!?!
unglücklicherweise wird eine solche abwehr von kritik in ost-west-klischees gepresst. nach dem motto, in kreuzberg könnt ihr das machen, aber nicht bei uns im osten. als wäre der "kiez-kampf"in der kritisierten form nicht gerade im westen lange zeit bestimmend für den autonomen kampf gewesen. als wäre nicht die kritik an bestimmten aspekten des kampfes "um einen sauberen kiez, frei von yuppies, ausländischen (nicht schon immer im kiez befindlichen kapital), etc. nicht minoritär gewesen und wird sowohl im westen als auch im osten erst zögerlich wahrgenommen. wer /welche ost-west-klischees als argument zur abwehr von kritik an denkstrukturen nehmen, wollen dieser kritik nur aus dem wege gehen.
schon immer wurde gerade von männern jede debatte über eigene patriarchale, rassistische, antisemitische etc. struktur als störend für eine effektive politik betrachtet. mensch betrachte nur die reaktion der sds-männer auf die kritik von sds(sozialistischer studentIn-

nenverband)frauen an den patriarchalen strukturen dieses verbandes. tatsächlich hat der antipatriarchale bruch der frauen mit diesen strukturen nicht nur den kampf um ihre befreiung sondern den kampf um die befreiung von ausbeutung und unterdrückung für männer wie frauen weiterentwickelt. allerdings ist das neben-widerspruchsdenken in vielen köpfen von männern sowohl im osten wie im westen (um diese untauglichen klischees zu gebrauchen) vorhanden.
wenn ein mann, wie nach einer wba-sitzung geschehen, die versuche einen umfassenden kampf gegen alle ausbeutungs- und unterdrückungsverhältnisse zu führen, als "selbsterfahrungsgruppe " diffamiert, dann ist er nahe dran am traditionellen kommunistischen denken (unterscheidung von haupt- und nebenwidersprüchen); wobei letztere in die selbsterfahrungsgruppe (familie?) gehören. dieses denken dominiert nach wie vor in den überwiegenden gruppen in ost wie west. innerhalb der autonomen strukturen haben seit mehreren jahren gerade frauen, lesben und schwule den bruch mit diesem denken gemacht, unter großen anfeindungen der traditionell-denker. oft gab es einen realen bruch in politischen zusammenhängen.
warum gerade von einigen männern im osten diese schlechte tradition mit unhaltbaren verdächtigungen und unterstellungen fortgesetzt wird, ist nur auf ihre ungenügende auseinandersetzung mit ihrer eigenen rolle ~~erklären~~.
gerade die tatsache, daß auf der mietenstopdemo am 9.9.92 ein flüchtling reden wird, daß menschen aus antirassismusinitiativen reden werden, hätte doch die unnötige polemik entbehrlich werden lassen. hier hat sich erkennbar einiges bewegt, auch bei den initiatorInnen. es fällt gerade männern in macherpositionen schwer, einfach zu sagen, euer beitrag hat bei uns gedanklich einiges angestoßen; daher finden wir eure kritik wichtig, auch wenn wir einige schlußfolgerungen und formulierungen nicht teilen lieber steckt jeder mann bzw. jede männergruppe ihr revier ab, daß sie vor fremder kritik verteidigt., daher kommen auch die vielen spaltungen und fraktionierungen in der linken.

noch etwas zum kiezkampf grundsätzlich: kommunistInnen und anarchistInnen haben vorschläge gemacht, das wertverhältnis, die ware-geld-beziehung grundsätzlich abzuschaffen. jede unterteilung in gute und böse kapitalisten führt leicht in die irre. die nsdap unterteilte in böses (jüdisches) raffendes kapital und gutes (deutsches) schaffendes kapital. ohne analogien (vergleiche) herstellen zu wollen, ist die unterscheidung in kleinkapital, das schon immer (?) im kiez war und böses kiezfremdes kapital (yuppies) nonsens. sinngemäß war das die aussage eines plakates von autonomen aus dem prenzlauer berg nach dem diesjährigen 1. mai.
die tatsache, daß bestimmte läden jahrelang im kiez existieren, sagt wenig über ihre strukturen und ausbeutungsverhältnisse.gerade dort sind oft besonders patriarchale ausbeutungsverhältnisse zu beobachten. kriterium müßte dann doch aller höchstens sein, ob kollektive strukturen existieren, ob der gewinn geteilt wird etc.

es ist zu fragen, was genau die yuppisierung von stadtteilen bedeutet, wo der unterschied zum kampf gegen die kapitalismusgerechte stadt besteht.
das sollen nur einge gedankenfragmente sein, die die aktuelle debatte weiterbringen sollen.
keinesfalls sollen kämpfe sabotiert werden, in- und ausländische geheimdienste sind nicht involviert.

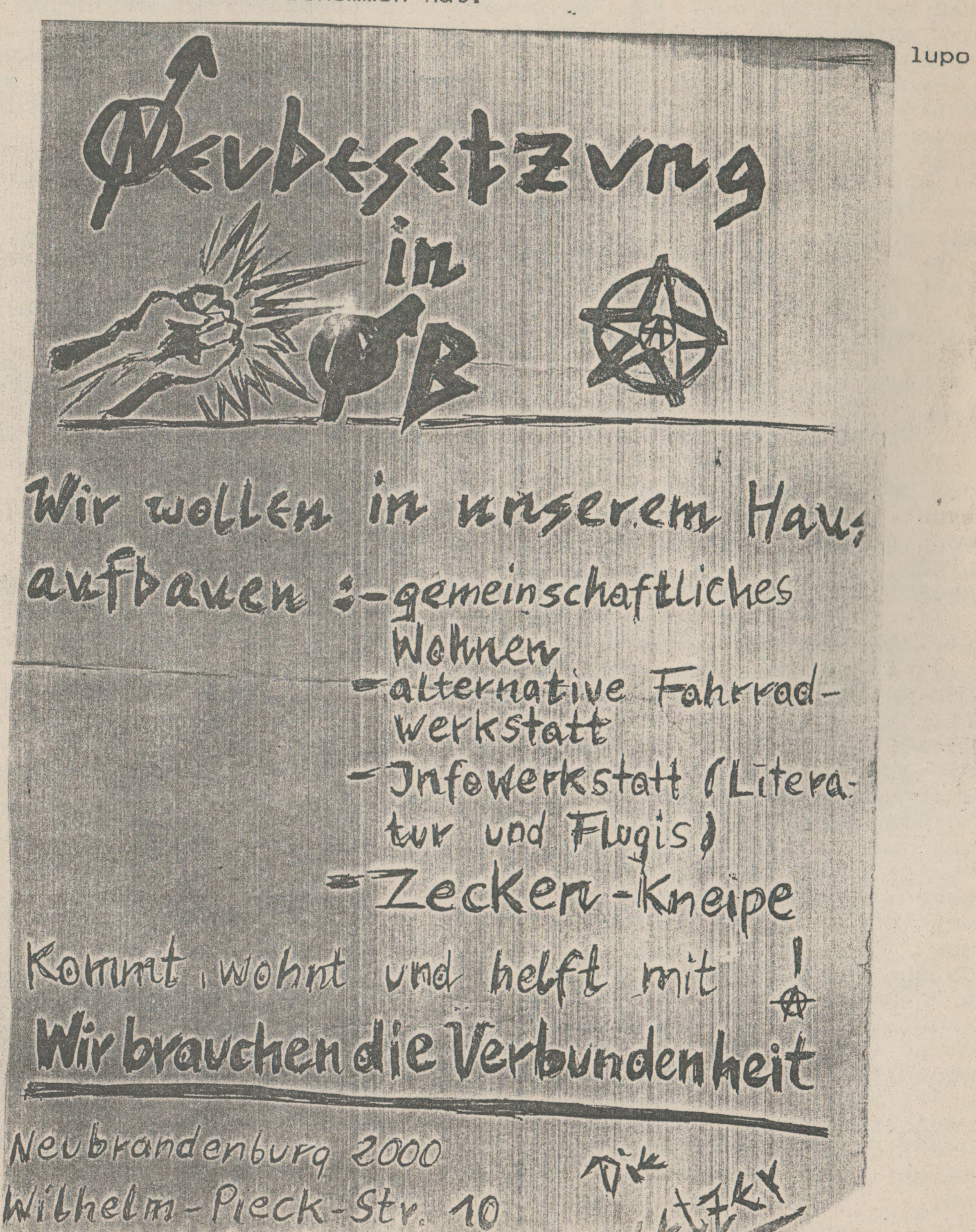
ein denkender leser

Traktat von der Ignoranz

"Ein denkender Leser" der BZ hat die Antwort auf ein "Kritik"-Papier, daß dem Aktionsbündnis W.B.A. Prenzlauer Berg nationalrevolutonäre Tendenzen unterstellte, als niveaulos und im "besten SED-Jargon verfaßt" empfunden. Dagegen ist nicht viel zu sagen. Ein paar Fragen allerdings muß sich der "denkende Leser" dann aber doch gefallen lassen.
Zunächsteinmal wäre es interessant, warum AktivitInnen des W.B.A. daß Verbreiten von *Falschmeldungen wider besseres Wissen* - und genau darum geht es - als "solidarische Kritik" annehmen sollen. Das solch ein Vorgehen, solch ein Verfahren hierzulande vielen bekannt vorkommt, hat etwas mit der untergegangenen Wirklichkeit der ehemaligen DDR zu tun. Westdeutsche Linke, die sich um die DDR nicht gescheert haben, solange es die Mauer noch gab, werden jetzt endlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß es auch noch andere politische Erfahrungen in Mitteleuropa gegeben hat, als die ihrer eigenen abgeschotteten Kinderstube.
Weiters wird der "denkende Leser" schon erklären müssen, was er unter "SED-Jargon" versteht. Wenn er den im von ihm inkriminierten Text findet, kann er keine Ahnung davon haben. über welche Phänome er hier eigentlich redet. Besonders deutlich wird das, wenn darauf verwiesen wird, man brauche nur "die Geschichte der SED bzw. die Reaktion der Führung auf Kritik" nachzulesen. Die Absurdität einer solchen Aussage ist dem "denkenden Leser" offenbar vollkommen fremd. Schriftliche Reaktionen auf Kritik finden sich einzig in den Urteilen der Schnellgerichte, mit denen Menschen für lange Zeit im Knast landeten, weil sie Zivilcourage zeigten. Die Diktion der offiziösen Propaganda ging hingegen davon aus, daß es überhaupt keine Kritiker gäbe! "Besonders bitter" wird es in der Tat, wenn solcherart wieder Menschen diffamiert - und anders ists halt nicht zu nennen - werden, die bereits unter den Bedingungen der geschlossenen Ost-Gesellschaft Widerstand leisteteten. Es ist eben leider nicht so, daß die Gegensätze, die von unterschiedlichen Sozialisationen im Osten und im Westen hervorgebracht worden sind, pure Klischees sind. Wer das, wie der "denkende Leser", trotzdem behauptet, hat ein subjektiv eingefärbtes Bild von den Realitäten in diesem Land. Es geht gar nicht darum, derartige Verschiedenheiten herauszustreichen. Wahrnehmen allerdings muß man sie schon, sonst ist man alsbald in die Scheinwelt universitärer Gesprächskreise abgeglitten.
Reines Wunschdenken offenbart sich weiterhin, wenn behauptet wird, daß sich bei den InitiatorInnen der Demo vom 9.September "etwas bewegt" habe, weil Menschen aus Antirassismusinitiativen geredet haben. Das wäre so und so passiert, desswegen hätte niemand aus Westberlin in den Vorbereitungstreffen große Sprüche klopfen müssen.
Ob nun der kritisierte Artikel oder auch dieser Text von männlich-arrogantem Denken diktiert ist, muß dahingestellt bleiben. Tatsache ist aber, daß Frauen im Osten ihre Rolle anders bestimmen, genauso wie Schwule oder auch wie Heteros. Erfahrungen aus der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft sind eben nicht ohneweiters übertragbar - genausowenig, wie in diesem Landstrich eingeübte Verhaltensweisen Entsprechungen im Westen finden können.
Wichtig ist daher, aufeinander zu hören. Wichtig ist, sich wechselseitig zu akzeptieren, ohne sofort aneinander herumerziehen zu wollen. Wichtig ist, inhaltsleere Spruchblasen zu vermeiden, denn damit traktieren wir uns tagtäglich mehr als genug. Wichtig ist,

daß sich Menschen aus Ost und West gegenseitig Fragen stellen und auch auf die Antworten gespannt bleiben.
Dann wird sich vielleicht auch klären lassen, warum KiezbewohnerInnen im Osten die InhaberInnen der kleinen Geschäfte, in denen sie täglich einkaufen, nicht als verdammenswerte Kapitalisten empfinden und den Schutz dieser Läden als Bewahrung von Kiezkultur begreifen.
Soweit ist es offenbar noch nicht. Einstweilen müssen Menschen, die mitten in realen sozialen Auseinadersetzungen stehn, noch mit der Ignoranz von "denkenden Lesern" umgehen. Aber sie verstehen auch langsam, warum die westdeutsche Linke seit 1968 nie so richtig was auf die Reihe bekommen hat.

lupo



Die Welt als Wille und Vorstellung

Nach dem lange Zeit von der linksradikalen Szene aus dem Westen der Stadt im Osten nichts mehr zu hören war, kommt es nun im Zusammenhang mit den letzten großen MieterInnendemonstrationen, die das Aktionsbündnis W.B.A. aus dem Prenzlauer Berg vorbereitet hatte, zu einer Flut von Polemiken. Dabei wird häufig Wissen über die sozialen und politischen Wirklichkeiten im Ostteil mit den vorgefassten Vorstellungen davon verwechselt.
Das ist für uns der letzte Anlaß, kurz über die Entwicklung des politischen Widerstands von unten im Prenzlauer Berg zu berichten. Wir wollen uns in diesem Zusammenhang auch mit einigen Polemiken und Unterstelungen der letzten Wochen beschäftigen.

I.

Die soziale Bewegung von unten, die auch das Aktionsbündnis W.B.A. hervorgebracht hat, ist nicht am Grünen Tisch oder in den Köpfen politischer AktivistInnen entstanden. Seit circa einen Jahr entwickelt sich im Prenzlauer Berg gemeinsamer Widerstand in Dimensionen und über ideologische und kulturelle Grenzen hinweg, wie er vorher kaum vorstellbar schien.
Am Beginn standen die Brände in den besetzten Häusern der Dunckerstraße, und die deswegen einberufene erste große Kiezversammlung. Von ihr ging eine Vielzahl von Aktionen aus, in denen immer mehr Leute aus dem Kiez begannen, sich aktiv für ihr soziales Umfeld einzusetzen. Die Spanne der Beteiligten reichte dabei von Autonomen über HausbesetzerInnen, engagierte Christen, Bürgerbewegte und Kleingewerbetreibende bis hin zu "ganz normalen" Leuten von der Straße. Eine kurze Aufzählung mag genügen: die Kiezzeitung "prenzlig" (direkt auf der ersten Kiezversammlung beschlossen); der Zusammenschluß von Gewerbetreibenden (Zusammenhalt e.V.), der die knebelden Gewerbemieten zum Politikum gemacht hat und mittlerweile nur noch kollektiv mit der Wohnungsbaugesellschaft verhandelt; Verhinderung der Schließung des Postamtes Senefelderstraße; gemeinsames Vorgehen des Kiezes gegen einen Spekulanten in der Raumerstraße. Wesentlich bei all diesen Aktionen war, daß sie in eine *politische* Diskussion über die Probleme der Umstrukturierung und sozialen Vertreibung eingebettet waren, die von den Menschen im Kiez selber entwickelt wurde und nicht von außen hineingetragen worden war.
Durch all dies hat sich im Verlaufe eines Jahres eine eigenständige politsche Kultur von unten entwickelt. Kiezversammlungen sind zu einem festen Instrument der Selbstverständigung geworden. Sie finden regelmäßig statt, es kommen regelmäßig mehrere hundert Leute, die längst nicht mehr über Rechtsberatung und die Vorteile von Sanierungsgebieten diskutieren, sondern die sehr genau über die Formen der Vertreibung Bescheid wissen und die auf den Kiezversammlungen konkrete Widerstandsaktionen anregen, beschließen und anschließend auch durchführen. In diesen Kontext gehört auch das Aktionsbündnis W.B.A. (wir bleiben alle).
Es entstand in der heutigen Form während der Besetzung des Hauses Kollwitzstraße 89, daß die Eigentümer in ein Hotel umwandeln wollen. Auf einer durch den W.B.A. einberufenen Kiezversammlung im Juni wurde dann von den Anwesenden beschlossen, gegen die anstehenden Mieterhöhungen mit einer berlinweiten Demonstration zu

protestieren. Vor dem Roten Rathaus versammelten sich am 8.Juli schließlich 10.000 Menschen. Die einzigen Demonstrationen, die soviele Menschen auf die Beine bringen, sind in Berlin sonst die Revolutionären-1.-Mai-Demos. Diesmal waren aber nicht nur Linksradikale auf der Straße, sondern die Versammelten spiegelten genau die soziale Zusammensetzung der Kieze wider. Noch vor dem Roten Rathaus wurde dann von den Anwesenden beschloßen, am 9. September eine weitere Demonstration durchzuführen.
Die offenen Vorbereitungstreffen für diese Demonstration wurden mehr und mehr zum Anlauf- und Kristallisationspunkt für Widerstand. Spätestens ab diesem Zeitpunkt kann von einer authentischen Kiezbewegung von unten gesprochen werden, die immer mehr Menschen erfaßt. Leute, die sich eigentlich als unpolitisch bezeichnen, kleben plötzlich gemeinsam mit autonomen AktivistInnen Plakate, in Bäckerläden diskutieren normale Menschen über Mietstreik ... . Am 9. September marschierten dann 15.000 Menschen zum Ku'damm. Der Höhepunkt von Widerstand aus den Kiezen ist damit aber noch lange nicht erreicht.

II.

Spätestens seit dem Erfolg der Demonstration vom 8.Juli begann sich der Charakter des Aktionsbündnisses W.B.A. zu verändern.
Anfangs war es ein Zusammenhang von Leuten aus dem Kiez, die sich auf einen langen gemeinsamen Widerstand vorbereiteten. Neben ihrem Engagement im W.B.A. waren sie in vielfältigen anderen politischen Initiativen eingebunden. Das reichte vom BesetzerInnenrat bis zu politischen Mandatsträgern. Im W.B.A. fanden sie von unterschiedlichen Ausgangspositionen her einen Arbeitszusammenhang, der seine Berechtigung aus dem aktiven Widerstand fand, ohne den Einzelnen unter ein ideologisches oder organisatorisches Dach zu zwingen.
Nach der ersten Demo aber wurden die Treffen tendenziell zu einer richtigen "Bündnis"geschichte mit internem Verhandeln, Feilschen etc zwischen VertreterInnen verschiedener Gruppierungen. Der Erfolg der ersten Demonstration hatte von AL bis Mieterverein eine Menge Trittbrettfahrer angelockt, die nunmehr die Zeit gekommen sahen, um ihre politischen "Inhalte " richtig in die Öffentlichkeit zu bringen. Das gilt in einem besonderen Sinne auch für die "Autonomen" aus dem Westteil der Stadt.
Dabei war es trotz Bemühungen durch Leute im W.B.A. bis zur letzten Demo nicht möglich, eine Zusage für eine eigenständige Mobilisierung in Westberlin zu erhalten. Von allen Seiten war zu hören, daß es dort - momentan - keine Basis für sozialen Widerstand gäbe. Offenbar deswegen waren AktivistInnen der Szene sofort nach der ersten großen Demo in den Vorbereitungstreffen des W.B.A. sehr präsent. Ihre Erwartungen über den "politischen Bildungsstand" im Osten erfüllten sich aber nicht. Getragen von der Überzeugung, zwanzig Jahre Erfahrung im antiimperialistischen Kampf zu haben und im Osten entweder Rassisten oder einen Bärbel-Bohley-Verschnitt vorzufinden, unternahmen sie alle Anstrengungen, jetzt mal den "richtigen" politischen Schliff in die ganze Sache zu bringen. Dementsprechend wurde - gemäß der politischen Konjunkturlage - darüber doziert, daß die geplante Demonstration auch unbedingt einen antirassistischen Aspekt haben müsse. Daß Menschen aus dem W.B.A. sich zur selben Zeit bereits darum bemühten, einen Redebeitrag aus antirassistischen Zusammenhängen zu organisieren, spielte weiter keine Rolle. Wichtig war allein, die sattsam

bekannten Schlagworte in den Demo-Aufruf zu pushen. Außerdem trug man Sorge, "nun endlich" auch hier die Ware-Geld-Beziehung zu thematisieren und eine Diskussion darüber anzuzetteln, wieviel Prozent des Einkommens die Menschen im Osten denn nun für ihre Miete aufzubringen bereit seien. Daß Menschen im Osten auch Erfahrungen im antirassistischen Kampf haben, daß von Inhalten getrennte Schlagworte auf Ablehnung stoßen, daß gewisse politökonomische Grundkenntnisse über "den Kapitalismus" zur allgemeinen Schulbildung eines ehemaligen DDR-Bürgers gehören - daß alles passte offenbar nicht in die Vorstellungen von den "Bananen-Sachsen". So mußte jede Anregung zur Belehrung verkommen, Widerspruch produzieren und Polemiken auslösen. Über ganz praktische Dinge, ob denn etwa Flugblätter verteilt, Plakate geklebt oder Lautsprecherwagen organisiert werden können, war auf diesem "hohen" theoretischen Niveau natürlich nicht mehr zu sprechen.
Um diese Gegensätze plastisch zu machen, wollen wir einige Zitate aus kursierenden Papieren vorstellen und kommentieren. Dabei geht es nicht darum, Texte zu zerflücken und in unzulässiger Zusammenstellung neue Inhalte zu unterstellen. Es soll einzig als Sammlung von - wie wir meinen - Indizien dienen, die auf die geistige Haltung verweisen, die wir kritisieren.
- In der BZ Nummer 30 ist ein Flugblatt aus dem Friedrichshain widergegeben, in dem es unter der Überschrift "Widerstand ist die halbe Miete" heißt: "Ausgehend von unseren Erfahrungen [...] sind wir sehr skeptisch zum Alex gegangen und hätten es schon als Erfolg gewertet, wenn 1000 Leute dagestanden hätten. Daß dann 10.000 da waren, hat uns doch förmlich von den Socken gehauen. [...] Und das die Stimmung für eine Bündnisaktion sehr kämpferisch und gut war, hat uns fast noch mehr gefallen." Dahinter scheinen zwei Grundgleichungen durch: 1.: kämpferische und revolutionäre Demos und Aktionen = Umfeld der autonomen Szene; 2.: Rest der Welt = langweilige Spießbürger, bei denen die Bündnisfrage steht. Das die Realität einige "Kämpfer" dann doch von "den Socken hauen" kann, ist immerhin ein Erfolg - für die Realität!
- In Kreuzberg taucht ein Flugblatt unter der Überschrift: "Weg vom nationalrevolutionären Bild des 'armen deutschen Mieters' zur antifaschitischen Bettenmeile von Bendzko bis Breitscheidplatz" auf. Zu den wechselseitigen Mißverständnissen ist schon von anderer Seite Stellung genommen worden (siehe BZ Nummer 33 und diese Ausgabe Seite). Das Attribut "nationalrevolutionär" für eine Bewegung aus dem Ostteil Berlins aber legt nahe, daß hier wieder nur eine Vorstellung von der Welt waltet: Noch zwei Jahre nach der Demontage der Mauer scheint sich für Teile der Westdeutschen Linken das Wissen über den Landstrich dahinter in den Worten CDU-Wahlsieg, Hoyerswerda, Rostock zu erschöpfen. Bei diesem Weltbild ist klar, daß alles, was in der ehemaligen DDR entsteht von rechts sozusagen infiziert sein muß. Dazu später nocheinmal.
- In einem anderen Flugblatt wurde dem W.B.A. empfohlen, jetzt endlich auch "generell die Beziehung der Menschen in der Ware-Geld-Beziehung als entfremdete Beziehung, die Rolle des Geldes für uns und allgemein gesellschaftlich und den Staat" anzugreifen. Ein sehr schönes Thema für neomarxistische Teekränzchen. Die im W.B.A. gestellte Frage, ob damit konkrete Handlungsoptionen für irgend einen Menschen zu geben wären, blieb bezeichnenderweise offen.
- In einem weiteren Text unter dem Titel "Erfahrungen im Mietkampf 92 oder Vom Lokalpatriotismus zum Nationalismus" findet sich nach einer Reihe von Gesprächszitaten der Satz: "Da hatte ein Prenzlauer (Ossi) einem Kreuzberger Autonomen (Wessi?) klar gemacht,

wer HIER das Sagen hat!". Es ist offenbar für den Autor dieses Satzes nur schwer vorstellbar, daß es "wo anders" eine andere politische Wirklichkeit, auch eine andere linke politische Wirklichkeit gibt, als in seinem bisherigen Bezugssystem (SO 36). Das aber ist eine Erfahrung, die Menschen in der ehemaligen DDR allerorten machen können. Es fällt vielen "im Westen" schwer, sich mit Menschen mit eigener Meinung auseinanderzusetzen. Für linke Zusammenhänge im weitesten Sinne gilt: ostdeutsche GenossInnen sind willkommen, solange sie keine eigenen politischen Vorstellungen haben und am Katzentischchen Platz nehmen. Andernfalls ist Streit vorprogrammiert. Deshalb muß als besonderer Treppenwitz von Menschen in Ostberlin empfunden werden, wenn sich westdeutsche Linke plötzlich ausgegrenzt fühlen: "Was heißt jetzt WIR BLEIBEN ALLE (W.B.A.)? Sind das keine "KreuzbergerInnen", "Westdeutsche" und und ...?"

III.

Wir haben dieses Papier auch geschrieben, weil wir durch all diese Erlebnisse und Äußerungen in besondere Unruhe geraten sind. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem im Osten die Verhältnisse wieder in Bewegung geraten, reagieren unsere GenossInnen aus Westberlin mit Diffamierungen, Unterstellungen und den dritten Aufguß abstrakter Modelle.
Für uns sind die in den zitierten Papieren geäußerten "Vorschläge" im Kern Spiegel eines zutiefst bürgerlichen und idealistischen Politikverständnisses: die herrschenden Verhältnisse resultieren außschließlich aus den falschen Vorstellungen der Menschen. Rassismus, Sexismus und kapiatlistisches Eigentumsdenken entstehen "irgendwie" in den Leuten. Das muß "irgendwie" repariert werden. Die Zustände ändern sich, wenn nur die richtige Vorstellung von der Welt in den Köpfen aller Platz greift. Darum kann die aktuelle Aufgabe von linksradikaler Politik auch nicht die Organisation banaler sozialer Kämpfe für Wohnraum, Einkommen und ähnlich reformistische Dinge sein. Es kommt allein darauf an, "die Menschen" vom richtigen Weltverständnis zu überzeugen.
So wird massenhaftes politisches Bewußtsein von einer Frage der sozialen Erfahrung zu einer Frage des intellektuellen Verständnisses und der Moral. Die ersten, die mit dieser Überzeugung antraten, waren die französischen Aufklärer des 18. Jahrhunderts; die letzten, die damit scheiterten, waren die "Bürgerbewegten" der DDR im Winter 1989/90. Der Widerspruch, auf die sich all dies zuspitzen läßt, ist also das Verhältnis von den Vorstellungen von der Welt zur objektiven Realität, oder, anders gesagt, ist gesellschaftliche Entwicklung eine Sache der richtigen Ideologie oder ist sie an reale, aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit kommende Auseinandersetzungen gebunden?
Was bedeutet das im Zusammenhang mit den Positionen der westdeutschen radikalen Linken zur DDR? Vor dem Fall der Mauer war die DDR ein Ort, an den einige Westlinke ihre eigene Utopie einer sozialistischen Gesellschaft projezierten. Über die realen gesellschaftlichen Zustände an diesem Ort informierten sich die wenigsten. Nachrichten, die den Vorstellungen von der DDR widersprachen, wurden verdrängt oder als imperialistische Hetze abgetan. Die meisten aber wußten über die DDR überhaupt nichts zu sagen. Daran hat sich nicht viel geändert, abgesehen davon, daß sich inzwischen oberflächlich vielfach die Meinung eingeschliffen hat, in diesem Teil Deutschlands hausten ohnehin nur Rassisten und Sexisten. Daher

kann jede Auseinandersetzung mit realer Bewegung im Osten nur darin bestehen, die höchsten moralischen und intellektuelle Forderungen an sie anzulegen. Da reale politische Bewegungen aber immer nur von der herrschenden Realität ausgehen können, werden sie diesen Ansprüchen nie gerecht. Dann aber bestätigen sich die Vorurteile. Das Gedankengebäude schließt sich zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Nachdem reale Bewewgungen kein Thema der Debatte mehr sind, findet Eingreifen nur noch als Belehrung statt. Wenn die so Belehrten nicht hören wollen, bestätigen sie damit nur die ihnen gegenüber gehegten Vorurteile. Wirkliches Handeln wird von vorn herein zur Aussichtslosigkeit verdammt, also unnötig weil folgenlos.
Dabei ist das genau die Perspektive des vielgeschmähten elterlichen Fernsehsessels.
Nach drei Jahren befindet sich die ehemalige DDR wieder am Beginn massenhafter sozialer Kämpfe. Wie sie genau aussehen werden, ob sie tatsächlich unter neofaschistischer und/oder rechtskonservativer Hegemonie stattfinden werden - oder ob es für RevolutionärInnen noch eine Einflußmöglichkeit gibt, können wir auch nicht sagen. Eines aber wissen wir genau: Wenn die DDR im Stück als Hort des Bösen abgetan wird, ist damit jede Möglichkeit zum Eingreifen verspielt. Nachdem der Zusammenbruch des Staatssozialismus die Koordinaten des westdeutsche linken Weltbildes durcheinandergewirbelt hat, wird mit solchen Denunziationen der Boden bereitet, um sich die unangenehme Realität endgültig vom Hals zu schaffen. Der BRD-Staat kann sich freuen. In einer Zeit der ausufernden sozialen Kämpfe unternehmen Teile der Linken alles, um sie präventiv als "rassistisch" oder "nationalrevolutionär" zu brandmarken. Die Konsequenz dieser Haltung wird die deutsche Linke auf lange Jahre zur politischen Bedeutungslosigkeit verdammen. Jetzt ist noch alles offen.

post scriptum

Wichtig ist uns, linksradikale Diskussionen von der Reproduktion leerer Abstrakta und der Selbstbezogenheit zurück auf den Boden der gesellschaftlichen Realitäten zu holen. Es geht keinesfalls darum, antirassistische, antikapitalistische und antisexistische Denkansätze in ein Haupt- und Nebenwiderspruchsverhältnis abzuschieben oder überhaut zu verwerfen. Unseres Erachtens müssen diese Diskussionen aber aus dem Kreis von Politzirkeln endlich hinaus in die Wirklichkeit, um dort ihre Sprengkraft zu entfalten. Wir glauben immer noch, daß der Prüfstein für linkes Denken und linke Theoriebildung allein die Praxis sein kann.

"Der Erzieher muß erzogen werden" (Karl Marx)

Hans Stubbe & lupo



Rassistische Überfälle auf Wohnungen in Halle

Mitschrift Pressekonferenz am 7.9.92 13.00 Uhr Polizeipräsidium Halle Herr Herrmann und Pressesprecher Herr Berger und einige kleinere Anmerkungen seitens der Redaktion.

Am Sonntag den 6.9.92 bewarfen ca. 15 Personen um 20.15 Uhr ein Mehrfamilienhaus in der Dieskauer Str. 13 mit Steinen. Gezielt warfen diese Personen einen Brennsatz in die Wohnung einer vietnamesischen Familie. Eine vietnamesische Bewohnerin erlitt Verbrennungen am Bein.

Um 21.30 Uhr setzten 17 - 20 männliche Jugendliche im Alter zwischen 14 - 16 Jahren in der Merseburger Str. 15 eine Wohnungstür in Brand. In der Wohnung lebt eine vietnamesische Familie. Das Feuer breitete sich sowohl in der Wohnung als auch im Treppenhaus aus. Es gab starke Rauchentwicklung. In Folge dessen, mußten 9 Personen sich in ärztliche Behandlung begeben. (6 Vietnamesen und 3 Deutsche) Zum Teil befinden sie sich noch in ärztlicher Obhut.

8 Jugendliche wurden vorläufig festgenommen.

Die Überfälle wurden zielgerichtet verübt. Haftbefehle sind beantragt, aber es ist zu erwarten, daß die Täter bereits heute Abend wieder auf freiem Fuß sind! Haftgründe reichen nicht: Es besteht keine Verdunklungsgefahr, haben alle festen Wohnsitz (höre und staune - d.S.)

sichergestellte Waffen: 1 Schreckschußpistole, mehrere Baseballschläger, 1 Eispickel, 1 Tonfa, 1 Stahlrohr, 1 Axtstiel

Anklagen lauten auf "versuchte vorsätzliche Tötung", "Körperverletzung", "Brandstiftung", Landfriedensbruch" (die Ermittlungen wegen "v.v. Tötung" zeigen, daß die Polizei das zumindest hier ernst nimmt. - d.Red.)

Soweit der Polizeibericht. Hinzuzufügen wäre noch, daß kurz vor 20 Uhr (mensch beachte die Zeit) sich vor einem AsylbewerberInnenheim eine Gruppe Naziparolen brüllender Kids zusammenrottete und Steine (evt. auch Brandsätze) zu werfen versuchte; Gleichzeitig soll der Polizei eine Gruppe Jugendlicher aufgefallen sein, die auf offener Straße Benzin in Flaschen goß, beistehende Autos waren dieselben, die danach bei einen der Anschläge benutzt wurden*; desweiteren sollen alle Fahrzeuge, die an beiden Anschlägen beteiligt waren der Polizei bekannt sein*; auch die Rettungsmaßnahmen sollen sehr langsam vonstatten gegangen sein*; ebenfalls die angemessenen Reaktionen der Polizei*.

(mit * gekennzeichnete Informationen erreichten uns anonym, werden jedoch von der Redaktion als zuverlässig eingeschätzt)

Reden oder Reden lassen?

kurz nach Redaktionsschluß erreichte uns folgende Meldung:

Am Mittwoch ca. 22 Uhr saßen drei FaschistInnen im GiG. Der Bardienst und der anwesende Streetworker reagieren nicht auf den Tip, daß es Ärger mit den zu erwartenden Antifas geben könnte. Kurze Zeit später kommen diese, es gibt ein Handgemenge, die Nazis sollen den Raum verlassen. Nur wenn sie Nazisymbole ablegen, kommen sie so raus. Ein weiterer Streetworker (ham die da'n Nest? tsstss - d.S.) bringt die Nazis ins Hausinnere. Von dort fordern die Nazis über Funk (Notrufkanal) die Bullerei an (das funktioniert also doch grümmel - d.S.). Diese erscheint mit 4 (!) Streifenwagen und einem Magdeburger Mannschaftsbus recht schnell und fährt die Nazis nach Trotha. Der Einsatzleiter erklärt noch, daß die Jugendlichen nicht auf Gewalt aus wären, sondern reden wollten.

Übrigens wurden die drei gegen 21 Uhr in einem roten Nissan mit Berliner Kennzeichen gesehen - die Trothaer haben kein Fahrzeug (streetworker live).

Das Problem liegt hier wohl in der Geschichte, wie mit den Nazis überhaupt umgegangen wird. Reden oder besser nicht mehr. Desweiteren ist die Frage, ob mensch Nazis in die eigenen Strukturen blicken läßt, kann ich dem Hool oder Skin, der sich heute noch als unpolitisch gibt, morgen noch trauen? Oder verpfeift mich der nächste gewaltfreie an die Polizei, weil ich gesagt habe, daß der Staat doof ist und stinkt? Wem kann ich überhaupt trauen und wieso und wer weiß das? Vielleicht 'ne Diskussion wert.

Helmut Kohl beliebt, sich unbeliebt zu machen, und zwar am/in:

26.9. wittenberg; 3.10. schwerin; 1.12. Halle

Nach Bekanntwerden der letzten Meldung hat sich hier in Halle spontan eine Bürgerinneninitiative "Kanzler raus!" gegründet. Diese fordert eine Quotierung der Kanzlerbesuche auf den Pro-Kopf-Anteil der BürgerInnen. Damit wäre mit einem Besuch des Kanzlers in Halle erst in einigen Hundert Jahren zu rechnen. Der Hinweis, daß damit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer Städte nicht gelöst wären, wurde seitens der Initiative hämisch weggegrinst.

Schülerbands herlesenen!

Wegens einer Woche der Suchtprävention im Oktober gibt's nen Ausscheid für Schülerbands. Leute haben da die Möglichkeit vor größerem Publikum zu spielen und Leute kennenzulernen, die Auftritte vermitteln. InteressentInnen ganz schnell zur ev. Stadtmission, "Mobile Drogenprävention", Weidenplan 3-5, Halle, Tel. 21036 (fällt mir was zur Droge Musik ein - d. S.)

RAF

Der Generalbundesanwalt hält das der Zeitschrift "konkret" zugegangene Schreiben der "Rote Armee Fraktion (RAF)" vom "August 1992" für authentisch. Zentraler Begriff in dem neuen Schreiben ist erneut der "Aufbau einer Gegenmacht von unten", worunter die Schaffung einer bereitgefächerten "Funda- mentalopposition" des gesamten linksradikalen bis linksmilitanten Spektrums verstanden wird.

Die "RAF" erklärt, daß die "Eskalation nicht unser Interesse" ist. Sie macht jedoch auch deutlich, unter welchen Voraussetzungen der "bewaffnete Kampf", den sie nach ihrer Erklärung vom 10.04.1992 "vorläufig" eingestellt ("Rücknahme der Eskalation"), wieder aufgenommen werden müsse: wenn nämlich der Staat an dem von der "RAF" so bezeichneten "Ausmerzverältnis gegen Fundamentalopposition festhält".

aus einer Pressemitteilung der Generalbundesanwaltschaft

24.9.92 Nr. 34 19

Mordkommandos der türkischen Regierung

mit Duldung der Bundesregierung in der Bundesrepublik unterwegs?

Meldungen in der türkischen Presse, die sich auf Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei unter Vorsitz des Staatspräsidenten Özal und unter Beteiligung des Ministerpräsidenten Demirel stützen, kündigen die Liquidierung kurdischer und türkischer GegnerInnen des Regimes im In- und Ausland an. Unter ausdrücklicher Berufung auf Informationen aus der BRD über GegnerInnen der türkischen Regierung, schreibt die regierungstreue "Hürriyet" vom 29.8.92, daß in der letzten Zeit ein ausführlicher geheimdienstlicher Austausch zwischen der BRD und der Türkei stattgefunden habe. Die Türkei habe Informationen über den Drogenhandel geliefert. Die BRD habe dafür "über die gegen die Türkei gerichteten Aktivitäten der in Deutschland ansässigen Deckorganisationen, wie das Kurdistan-Komitee, noch mehr Informationen" geliefert. Die Mordkommandos sollen diesen Meldungen zufolge ausdrücklich auch gegen finanzielle und politische UnterstützerInnen der KurdInnen vorgehen.



Tatort Lotharinger Straße: Mit Schutzschilden wurden die gestern morgen vor dem türkischen Generalkonsulat protestierenden Kurden von der Polizei abgewehrt.

Erste konkrete Mordrohungen gegen UnterstützerInnen und KurdInnen sind am 2.9.92 in der Bundesrepublik ausgesprochen worden.

Der Bundesregierung wird sich erneut darauf berufen, daß die PKK hierzulande eine Terrororganisation sei. Aber die Regierung selbst hat bereits im Mai dieses Jahres die Bundesanwaltschaft zitiert, derzufolge die sogenannte terroristische Vereinigung innerhalb der PKK in der BRD aufgelöst sei. * * *

Aus einer Erklärung der innenpolitischen Sprecherin der PDS/LL, Ulla Jelpke zu den vom Nationalen Sicherheitsrat der Türkei und der türkischen Presse verbreiteten Meldungen über Killerkommandos im Ausland und ersten Morddrohungen gegen KurdInnen in der BRD

(siehe auch Bericht im Thema des Monats S.)

Unterdrückte Nachrichten

Kritiken und Anfragen wegens der "Unterdrückten Nachrichten" machen einige Anmerkungen nötig.

Die Idee dieser Rubrik wurde geboren, um das Ausmaß der Gewalt, die in diesem Lande ausbricht, sichtbar zu machen. Wir tun dies, um zu dokumentieren. Wir halten es für wichtig aufzuzeigen, daß diese Gewalt nicht als Aktionen einzelner entsteht. Vielmehr ist sie die Folge vermehrter sozialer Ängste und Widersprüche: Ziel sind immer die Schwächeren. Damit ist gleich ein Grund genannt, warum wir Gewalt gegen Frauen mit in diese Rubrik aufgenommen haben. Sie ist ein Teil der allgegenwärtigen Gewalt. Sie wird als Randnotiz behandelt, bietet nicht den Nervenkitzel, wie Bilder eines faschistischen Überfalls. Und doch findet sie tagtäglich statt. Ob als Anmache, Vergewaltigung oder Schläge. Es ist schwer (wenn nicht gar unmöglich) die 'einfache' von der sexuellen Gewalt gegen Frauen zu trennen. Zu lange war das Schlagen und die Benutzung der Frau verbrieftes Recht des Mannes (moralisch ist es das heute noch).

*Wir wissen, daß diese Statistik nicht vollständig ist. Dies ist aber auch kaum zu schaffen, für uns paar Menschen. Wir arbeiten alle noch in anderen Zusammenhängen, haben Familie und/oder Beruf (und dann soll's da noch sowas wie'n Privatleben geben (??urrghkrchzzuff - der säzza)). Bisher wird das meiste der Presse entnommen. Zu wenige halten die Gewalt, der sie selbst ausgesetzt sind - sei es durch FaschistInnen, Männer, Beamte, MaklerInnen, Bosses,.. - nicht für mitteilenswert. **Tip:** in der Kellnerstraße gibt es einen Gerüchtekasten am Ladeneingang oder per Post (freut sich selbige) an die Redaktion. Auch Zeitungsmitteilungen aus anderen Gegenden sind wichtig (mit Datum und Zeitungsname).*

15.7. **Stendal** Ein Mann versuchte ein 11jähriges Mädchen in sein Auto zu zerren. Das Mädchen konnte jedoch entfliehen.

16.7. **Halle** 2 Vietnamesen wurden von Skins mit Baseballschlägern geschlagen. Sie mußten ärztlich versorgt werden. Anzeige wurde erstattet.

17.7. **Dessau** 20 rechtsradikale Jugendliche konnten nur durch massiven Polizeieinsatz gehindert werden, 2 Asylbewerber zu überfallen. Die beiden wurden aus Sicherheitsgründen im Polizeirevier untergebracht.

19.7. **Bitterfeld** 1 Uhr 10 Skins überfallen AsylbewerberInnenheim in Bitterfeld. Schlugen BewohnerInnen und zerstörten Einrichtung. Zwei Personen mußten ins Krankenhaus. Keiner der Täter konnte durch die Polizei gestellt werden.

20.7. **Erfurt** 4 Jugendliche randalierten auf dem Gelände der Synagoge und begrüßten in einer Schrift den Tod Galinskis.

22.7. **Halle** Räumung einer Hausbesetzung (F.-Reuter-Str.) keine Verletzten, Hausbesitzer hatte Strafantrag gestellt.

23.7. **Halle** Straßenfest vor dem geräumten Haus. Solidaritätsbekundungen anderer besetzter Häuser.

6.8. **Quedlinburg** nach drei Wochen wurde ein besetztes Haus geräumt. Die BesetzerInnen ließen sich raustragen, leisteten aber keinen aktiven Widerstand. Als Zeichen des Protests wurden brennende Kerzen und ein Kreuz auf die Straße gestellt sowie Blumen und Flugblätter von den BesetzerInnen geworfen. Ziel war es, ein Begegnungszentrum einzurichten. Die Stadtverwaltung hatte Strafantrag gestellt.

7.8. **Halle** Ein Mann schlug auf seine Lebensgefährtin ein und verletzte sie mit einem Messer im Gesicht.

8.8. **Sachsen/Anhalt** Chef des neugebildeten Landesamtes für Verfassungsschutz sieht in der fehlenden parlamentarischen Kontrolle derzeit kein Problem. Außerdem werde das Amt von der Regierung kontrolliert. Im Zusammenhang mit der vermuteten Bespitzelung eines nicht ganz auf Regierungslinie laufenden Ministers wird diese Kontrolle aber mehr als fragwürdig.

10.8. **Pretzsch** zehn maskierte Rechtsradikale zertrümmerten die gesamte Inneneinrichtung des AsylbewerberInnenheimes. Die anwesenden BewohnerInnen konnten flüchten und informierten die Polizei. Diese kam zu spät.

11.8. **Halle** Bei Streit um Geld bedrohte ein Mann seine Lebensgefährtin mit einer Pistole und nahm das Geld (1000 DM) mit Gewalt.

13.8. **Bernburg** 5 junge Männer vergewaltigen ein 13-jähriges Mädchen. Sie kannte einen der Männer. Die Männer wurden verhaftet.

15.8. **Oschersleben** Brandanschlag auf das AsylbewerberInnenheim.

16.8. **Oschersleben** In der Nacht zum Sonntag wurden aus einem PKW Schüsse auf das Haus abgegeben. Polizei faßte zwei vermutliche Täter.

18.8. **Köckte** ca. 25 vermummte Rechtsradikale stürzten einen PKW um und warfen mehrere Scheiben des AsylbewerberInnenheimes ein. Die Polizei kam zu spät. Ermittelt wegen wegen versuchtem Landfriedensbruch.

23.8. **Bad Lauchstädt** 4 Rechtsradikale wurden von einer Gruppe Jugendlicher aufgefordert, ihre Pöbeleien zu unterlassen und tätlich zur Unterlassung gewalttätiger Handlungen aufgefordert.

24.8. **Halle** Auf dem Boulevard wurden nachmittags 4 Rechtsradikale von Jugendlichen tätlich aufgefordert, faschistische Propaganda zu unterlassen.

24.8. **Halle-Neustadt** Eine Gruppe Rechtsradikaler griff 2 Jugendliche mit Luftdruckwaffen an, flüchtete aber, als sie auf Gegenwehr traf.

24.8. **Halle** Nachmittags wurde ein Treff rechtsradikaler Jugendlicher ohne Gewaltanwendung durch Bürger aufgelöst.

24.8. **Halle** Ein Mann wurde aus einem mit rechtsradikalen besetzten vorüberfahrenden Auto mit Gasdruck- und anderen Waffen beschossen. Die Polizei stellte die Täter. Laut deren Aussage wird Verfahren wegen unerlaubten Waffenbesitz eingeleitet.

28.8. **Leipzig** Am Völkerschlachtdenkmal wurde ein Treff von ca. 40 Rostocker und Detmolder Fascho-Hools und Skins von ca. 30 Jugendlichen aufgelöst. Mehrere dazugehörige Autos wurden zerstört. Mehrere schwerverletzte Faschos. Vermutlich wollten sich die Faschos mit Leipzigern treffen, um ein AsylbewerberInnenheim anzugreifen. Das taten letztere dann allein, wurden aber von Polizisten massiv gehindert.

29.8. **Halle** gegen 22 Uhr vor der Gaststätte "Fritz-Weineck-Ufer" versammeln sich ca. 30 Faschos zwecks 'Pankerklatschen'. Laufen später in kleinen Gruppen über das "Laternenfest" und rufen Ausländerfeindliche Parolen. Ca. 10 Personen wurden von ihnen einzeln zusammengeschlagen. Polizei greift nicht ein.

August **Halle** 2 vor dem Döner-Kebab-Stand am Landestheater parkende Autos wurden abgebrannt. Mehrere versuchte Brandlegungen am Stand selbst.

3. 9. **Halle,** ein Jugendlicher wird von 2 Rechtsradikalen belästigt und beschimpft. Andere bemerken dies aus einem vorüberfahrenden Auto und unterbinden die Handlungen.

6. 9. **Halle** insgesamt 20 - 30 Jugendliche verüben Brandanschläge in Halle. Bis 10.9. sind 11 mutmaßliche Täter gefaßt. (siehe S. 24)

anfang september **Halle** in der Wörmlitzer Str. (Nähe Rannischer Platz) werden renovierte 3-Raum-Wohnungen für 2100,- kalt vermietet. Die Maklergebühr beträgt statt der üblichen 3 Monatsmieten pauschal 10000,- DM.

Wie Ihr seht, diesmal alles etwas geringer, liegt nicht daran, daß weniger passiert, sondern an der persönlich etwas schwierigen Situation des/r SammlerIn dieser Nachrichten. Hilfe tut not.

Alles für das Wohl der Jugend

Kleiner Exkurs ins Jugendamt

Als erneuter Flop 'erwies' sich ein Versuch des Kellnerstraße e.V. (übrigens gemeinnützig - d.S.) beim Jugendamt Fördermittel zu beantragen.

Zunächst Scheinen die Antragsformulare nur für intime Kenner verfaßt zu sein, und bergen für 'Unbedarfte' wie uns eine Anzahl von verwirrenden und vor allem sinnlosen Fragen in sich. Das Ärgerlichste jedoch, war das Auftreten des 'angehenden Verantwortlichen für Antragsannahme", der seine Funktion mit entsprechender Engstirnigkeit ausübte. Dieser Herr, vermutlich ehemaliger FDJ-Funktionär, beschuldigte uns erstens, nicht ernsthaft genug zu sein (was in diesem Falle wahrlich schwer fällt) und zweitens versprach er, nach Ablehnung aller Anträge - mit einem Augenzwinkern -, daß er alle abgelehnten Formulare 3 Tage später eventuell doch noch annehmen würde, wenn er guter Laune wäre und es überhaupt nur gut mit uns meine.

Das eigentliche Problem aber war, daß er uns kaum Hoffnung auf die Bewilligung von Fördermitteln machte, da es schon immer so viel Ärger mit unserem Verein gegeben hatte. Also, besser ohne Geld als mit Fördermitteln ... aber wenn man recht nett und höflich ist, funktioniert es vielleicht doch.

Sylvia

Den Aufmarsch verhindern!

Wunsiedel '92 Versuch einer Einschätzung und Ausblick auf's näxtmal

Das war das artikulierte Ziel antifaschistischer Gruppen bundesweit. Dies war auch der Konsens auf den sich viele Gruppen geeinigt hatten. Etliche hatten sich ausgeklinkt, hielten Wunsiedel so nicht mehr für machbar. Auch ich stelle das allseits (un)beliebte Schema Aktion - Gegenaktion arg infrage. Damit stehe ich auch nicht allein, wie mir gerade in letzter Zeit Gespräche bewiesen. Ich will hiermit auch keinesfalls sagen, daß Demos als Gegenaktionen (s. rostock und anderes) überflüssig sind. Vielmehr geht es mir um eine größere Vielfalt des Widerstandes. Da war ja mal von Phantasie die Rede...

In der Vorbereitung auf Wunsiedel 92 wurde zu einem Trick gegriffen, der sehr banal, aber wirkungsreich war: die Anmeldung von Autokonvois durch viele Gemeinden um Wunsiedel herum. Das machte es den Nazis unmöglich, Veranstaltungen genehmigt zu bekommen. Eigentlich war es anfangs nicht beabsichtigt, diese Konvois durchzuführen. Der Konvois von Nürnberg nach Hof war aber keine dumme Sache. Es hätten nur die geplanten Zwischenkundgebungen durchgeführt werden sollen. Damit würde aus der eigentlichen Reaktion auf die Heß-Geschichte eine Möglichkeit aktiv an die Menschen heranzukommen. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß die Konvois schwer umzulenken sind, da die Bullerei das natürlich versucht zu verhindern. Aber gerade der 'Berliner' Konvoi machte deutlich, daß die Bullerei mit den Konvois nicht machen kann, was sie will. Kontrollen werden erschwert etc. Auch ist es bespielsweise auf der Autobahn fast unmöglich, einen Konvoi zu stoppen. Das alles sind Erfahrungen, die unbedingt bei der Vorbereitung auf Wunsiedel '93 beachtet werden sollten.

Von TeilnehmerInnen der Demo in Hof (wohin schließlich ausgewichen wurde) wurden mehrere Dinge arg kritisiert:

1. Die Delegierten der Städte hätten an den Interessen der Antifas vorbeientschieden. Es wurde gar Machtgeilheit bzw. Infiltration durch Bullen etc. angedeutet. Desweiteren geringer Informationsfluß, Undurchsichtigkeit der Entscheidungen...
2. Das Interesse der Antifas war eindeutig, die Nazi-Demo anzugreifen.
3. Treffpunkte der Nazis wären bekannt gewesen.

Dazu: Auf dem Delegiertentreff in Nürnberg waren nur Leute zugelassen, die bei den vorherigen Koordinationen dabei waren und sagen konnten, in wessem Auftrag sie da waren. Dies wurde auch durchgehalten (bis auf kurzzeitige Anwesenheiten anderer), auch wenn's überaus nervig war. Wenn Ihr also mit Delegierten unzufrieden seid, nehmt näxtmal andere!

Es war zu keiner (ich betone: zu keiner!) Zeit klar, wo sich die Nazis treffen, wo sie ihre Demo abhalten etc. Nach Veröffentlichungen der Nazis wurde der Ort Rudolstadt erst am Samstag-Nachmittag gewählt. Wir haben versucht, alle Gesichtspunkte und Möglichkeiten gegeneinander abzuwägen. Wir haben den Demoort Hof gewählt unter der Option: Sollte bis Samstag mittag der Ort der Nazi-Demo unklar sein, dann wird in Hof eine Demo abgehalten.

Wir haben dabei versucht, die Interessen aller vertretenen Gruppen zu berücksichtigen. Das hieß nun mal bei der Entscheidung, die Konvois zum Hermsdorfer Kreuz (vermuteter Treffpunkt der Nazis) umzuleiten oder nicht, auch das Veto derer zu beachten, die eine Gefährdung der Busse auf alle Fälle vermeiden wollten. Dazu kam, daß die Nachricht eine Finte sein konnte und was machen dann 2000 Antifas auf dem Hermsdorfer Kreuz, wenn's den Bullen einfällt, sie dort zu behalten?

Daß die Demo in Hof als Latsch-Demo deklassiert wurde, liegt wohl an der Arroganz einiger. Ich halte eine Demo, bei der es mal kaum Gewalt gibt für günstiger, um unsere Inhalte rüberzubringen, als jedesmal das Klische zu bestätigen. (Unter diesem Gesichtspunkt wäre ich durchaus bereit zu einer gewaltfreien Demo autonomer Gruppen aufzurufen, bei der alle teilnehmenden Männer und Frauen in weiße Bettlaken gehüllt und Gesichter verschleiert vielleicht noch - als Gipfel - Kerzen in den Händen haltend. Ich glaub für die Bullen wär die Welt nicht mehr in Ordnung) Dafür müßten sich aber einige von ihren Dogmen trennen. So scheinen derzeit sogar Westautonome zu erkennen, daß Bulle eben nicht gleich Bulle ist (siehe Verhalten der Ostbullen in Rostock). Und außerdem habe ich keine Lust, den Bullen als Objekt zur Auslebung ihres Frustes zu dienen.

Also fakt ist, daß es so nicht weitergehen kann. Wenn das Konsens ist, wäre schon viel geschafft.

Wie sollte nun mit dem näxten Jahr angefangen werden? Ausfallen lassen, kommt nicht infrage. Ich denke, daß eine Kombination der diesjährigen Sachen vernünftig und machbar wäre: Konvois für Umgegend Wunsiedel und evt. Thüringen anmelden. Diese aber auf alle Fälle mit Zwischenkundgebungen (auch um mal zu pullern o.s.), um die Aktivität in den Vordergrund zu bringen und nicht nur zu reagieren. Die Leute, die auf den günstigen Moment zur Störung der Nazi-Demo warten, wie dies zu organisieren ist, weiß ich nicht. Vielleicht ist es möglich, unabhängig von Wunsiedel, regelmäßige Treffen zu veranstalten, die dasselbe Spektrum umfassen, ohne gleich ein Statut zu verfassen.

Was ich übelst beschissen fand: 1. Die Ausräumung eines Einzelhändlers von vorrangig Ostdeutschen, (das wird vermutlich das Hauptthema der Lokalzeitungen gewesen sein), da hab ich mit der Plünderung der Shell-Tankstelle weniger Probleme gehabt.

2. Die üble Anmache einiger Hallenser gegenüber dem Frauenblock und umgekehrt. Ich bin auch nicht mit allen Dingen einverstanden, die aus radikaler FeministInnensicht als wahr gelten, aber überlegt mal, Ihr hättet in ähnlicher Weise AusländerInnen angemacht, wie das wohl beurteilt würde... Beschissen fand ich, daß der Frauenblock trotz zweifacher Absprache (erst auf dem Delegiertentreffen und dann auf dem Busdelegiertentreffen, wo beidesmal kein Einwand kam) vor dem 'Ostblock' ging.

3. Daß die ganze Gegend um den Busparkplatz zugemüllt wurde.

4. Busse ohne PKW-Begleitung fahren zu lassen. Das hätten die HallenserInnen bald teuer bezahlt.

Im Großen und Ganzen bin ich nicht mit den bisherigen negativen Einschätzungen einverstanden, zumal sich auch in Rudolstadt was tut (s.Kasten)

GROßE SOLIDARISCHE DEMONSTRATION ALLER ANTIFASCHISTINNEN IN HOYERSWERDA

Im September vorigen Jahres begannen Faschisten und Faschistinnen in Hoyerswerda die schwersten Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und ausländische Menschen seit Ende der Nazi-Diktatur. Ziel war es, Hoyerswerda zur ersten "ausländerfreien" Stadt der BRD erklären zu können. Danneberg, der Vorsitzende der "Deutschen Alternative" in Hoyerswerda, propagiert überall in der BRD, er könne Ratschläge geben, wie jede deutsche Stadt "ausländerfrei" gemacht werden kann. Spätestens seit dem Pogrom in Hoyerswerda sind faschistische Übergriffe an der Tagesordnung und haben ihren vorläufigen Höhepunkt in Rostock erreicht.
Jetzt haben die Faschisten für den 26.9.92 einen Aufmarsch in Hoyerswerda angekündigt.

Verhindern wir, daß die Faschisten den Jahrestag ihres Pogroms feiern können! Kämpfen wir mit Kraft und Phantasie für Antirassismus und Bleiberecht für alle!

Die antifaschistischen Initiativen in Hoyerswerda und anderen Städten rufen zu einer Großdemonstration auf. Sie benötigen massenhafte Unterstützung auch aus Berlin!

ALSO AUF NACH HOYERSWERDA! WEHRT EUCH! GREIFT EIN! SCHAUT NICHT LÄNGER WEG! KÄMPFT FÜR EINE ANTIRASSISTISCHE ZUKUNFT!

Treffpunkt Berlin: Samstag, 26.9.92, 900 Uhr, TU-Mathegebäude (wer hat, mit PKW)
VV: Dienstag, 15.9.92, Mehringhof, Blauer Salon, Gneisenaustr. 2.
Demobeginn: 1400 Uhr, Hoyerswerda
Ort: Spremberger Chaussee - Thomas Münzer Straße

V.i.S.d.P.: Das AusländerInnenreferat des AStA der FU Berlin

PLAUEN

Aus Plauen gibt es einen interessanten und wohl nicht einmaligen Vorfall zu berichten, der wohl auch für andere AntifaschistInnen wichtig sein kann.
Als am Freitag, den 11.9.92 ein "Linker" aus Plauen sich an der Tankstelle bei Zeulenroda aufhielt, wurde er von 4 Faschos angemacht, die sich aber dann doch verpissten. Kurz darauf kam ein Trabant mit Erfurter Kennzeichen auf die Tankstelle gefahren, und zwei wohl 24 oder 25 jährige, als vermeintliche Glatzen erkennbare Männer stürmten plötzlich auf den Plauener los. Der wiederum glaubte, daß es jetzt wohl um ihn geschehen sei und holte seine Kette hervor, um sich zu verteidigen. Aber gerade in diesem Moment riefen die beiden Glatzen "Halt Polizei!", und der Plauener wurde im nächsten Moment mit Handschellen gefesselt undgegen die Zapfsäule gedrückt, durchsucht, entwaffnet, die Personalien wurden festgestellt und er wurde ausgefragt, was er dort wolle etc.. Die Bullen fragten ihn auch, warum er denn die Kette gezogen habe, worauf der Plauener eben erklärte, daß er die beiden gut getarnten Zivis (der eine hatte sogar eine Unterarmtätovierung) für Faschos hielt. Darauf antwortete der eine Bulle dann:" Wir sehen nicht um sonst so aus!"- eine vieldeutige Aussage. Die Kette konnte der Plauener zum Schluß sogar wiederhaben, aber über diesen Schreck ist er nicht so gut hinweg gekommen.
Da wohl auch anderswo z.B. vor zwei Wochen in Lichtenberg, wo AntifaschistInnen ein Fascho-Auto angreifen wollten, das sich dann auch als Zivi-Wagen herausstellte (für die AntifaschistInnen ging es noch glimpflig aus), scheint es, daß bewußt von den Bullen versucht wird, mit "Fascho"-Zivilbullen die Gewaltbereitschaft der AntifaschistInnen, deren Strukturen und Namen aufzudecken.
Was bleibt zu tun???

Faschoaufmarsch in Halbe - 1992 auch ohne Widerstand?
Die Faschos planen auch in diesem Jahr einen Aufmarsch in Halbe . Was passiert wenn diese Leute Höhenflüge bekommen , sehen wir ja in letzter Zeit . Rudolstadt und Rostock lassen da grüßen . Denkt also dran Widerstand braucht Phantasie .

MAGDEBURG

Demonstration

Am 12.9.92 fand in Magdeburg eine Demonstration unter dem Motto "Gegen kollektiven Massenwahn" statt. Die Demo wurde von einem Bündnis aus VertreterInnen von PDS, Bündnis 90, Grünen, KPD(M/L), KPD, Infoladen und Antifa-Jugend organisiert. Das Bündnis erfüllte aber nicht den Zweck, den es eigentlich erfüllen soll, nämlich zu zeigen, daß es einen breiten Zusammenschluß gegen Rassismus und Faschismus gibt - einige Organisationen (v.a. Bündnis 90 und PDS) weigerten sich, auf dem Aufruf gemeinsam aufgeführt zu werden und so wurde den Bündnis 90-, PDS- usw. Anhängern die Möglichkeit zur Identifikation mit dem Bündnis genommen. Streit gab es auch zwischen Bündnis und Antifa-Jugend über die wenig ansprechenden Plakate des Bündnisses und das Kleben eigener Antifa-Jugend-Plakate, die zur Demo aufriefen, wurde bei Androhung von Rausschmiß verboten. Geklebt wurde schließlich ein Kompromiß-Plakat, aber der Streit um den Sinn eines Bündnisses, dessen VertreterInnen sich nicht wirklich zu ihrer Organisation bekennen wollen, ist nicht aus der Welt.

24.9.92
Nr.34

"Mobilisiert" wurde außer in Magdeburg auch in Braunschweig, Halberstadt, Erfurt, Weimar, Gifhorn, Dessau usw. - doch gekommen ist bis auf eine Ausnahme (von außerhalb) niemand. Diese Tatsache war - wie auch der Verlauf der Demo - wahnsinnig enttäuschend. Es ist einfach zum Kotzen mit 10 Leuten Parolen zu rufen und 20 saufende Punks in der Demo zu haben, die auf Grund der Zahlen- und kräftemäßigen Unterlegenheit autonomer v.a. AntifaschistInnen in Magdeburg auch nicht aus der Demo geschmissen wurden. So verlief die Demo - für alle 200 Leute unbefriedigend - schrecklich lahm und die einzigen, die zufrieden waren, waren die Bullen. Außerdem wurde einer, der während der Demo gesprüht haben soll, hinterher von Zivilbullen abgegriffen und auf die Wache geschl eppt, wo er dummerweise nichtmal die Aussage verweigerte.
Na ja. Wir ge hen nicht unter in unseren Niederlagen!!

gegen Rassismus

UND FASCHISMUS !

ANTIFA★JUGEND

Schon am Freitag fuhren aus Magdeburg ca. 8 Autos nach Quedlinburg, da während eines Heiter-bis-Wolkig-Konzertes ein Notruf von dort eintraf. Als der kleine Konvoi und einzelne Autos in Halberstadt eintrafen, um dort Informationen usw. zu bekommen, war dort geschlossen. Ziemlich enttäuscht fuhren die Autos nach Quedlinburg weiter, wo sie jedoch ziemlich verloren herumfuhren, da sie nicht wußten, wo das Heim ist. Die Entäuschung und Wut über den Halberstädter, der während des Konzerts Panik gemacht hat, war schon ziemlich groß.

Für den Samstag Abend wurde dann wieder nach Quedlinburg mobilisiert. Ein Konvoi von 7 Autos fuhr erst nach Halberstadt und dann nach Quedlinburg. Die, von Halberstädtern angeblich ausgekundschaften "Schleichwege", um den Bullenvorkontrollen zu entgehen, erwiesen sich als Enten und so kam es, daß die Bullen eine ganze Menge Waffen aus den Autos holten. 4 Leute aus Magdeburg wurden sogar auf die Wache mitgenommen, verhört und ED-behandelt. Doch die wußten selber nicht, wie die Waffen in ihr Auto gekommen waren... Zur Demo am Samstag gegen 20 Uhr kamen etwa 300 Leute und sie war ziemlich kraftvoll. Bullen und Faschos/Prolls provozierten zwar, trotzdem war die Demo ganz gut (wenigstens für die TeilnehmerInnen). Wieweit unsere Inhalte auch wirklich rüberkamen ist schwer einzuschätzen. Während der Demo kam es immer wieder zu kleinen Angriffen von Faschisten - so wurde z.B. die Demo mit CS-Gas angegriffen. Zum Ende der Demo wurden alle während der Vorkontrollen festgenommenen Leute wieder rausgelassen. Ein Ende der Angriffe wäre aber in Quedlinburg nicht abzusehen gewesen (denn die Faschisten laufen immer noch durch die Stadt), wenn nicht die Flüchtlinge nach Magdeburg am 14.9.92 verlegt worden wären. Scheiße!

Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft!!

"Friedenskonzert" einer Sekte

Kaum einer/m werden die "Friedenskonzert"-Plakate entgangen sein, hängen ja überall. Dabei handelt es sich um eine Werbetour eines Ami-Gurus, der seine Gemeinde vergrößern will, ca. 7o Bücher geschrieben hat, wie ca. 50 Olympiasieger berichten, mit Meditation zum Erfolg, macht Managertraining. Hat nach Aussagen der Verwaltung, des Sri Chimnoy Centre 700 Jünger in Dtld. Dort hängen auch mindestens 2 Guru-Bilder an jeder Wand. Das Konzert wird mit 150 000 DM angeblich von Spenden finanziert. Interessant sind wohl nur die Adressen der Kartenbestellerlnnen, die sorgfältig notiert werden. Die Kartenvorbestellung ist nur Veralberung, denn Karten berechtigen bei Überfüllung nicht zum Eintritt.

Von einem, der beim Besuch im Sri Chimnoy Centre vom religiösen Führerkult in Gänseblümchen verpackt den Rest bekam.

Autonome Flüchtlingspolitik im Schatten gesellschaftlicher Veränderungen

Im Hinblick auf Flüchtlings- und Einwanderungspolitik hat sich in den letzten Monaten viel bewegt: Die Vielzahl rassistischer Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und auf AusländerInnen auf der Straße, die von den Medien aufgeheitzte Stimmung gegen "Asylanten und Scheinasylanten" kennzeichnen diese Entwicklung. Auch der Kampf der Flüchtlinge und MigrantInnen gegen ihre völlig entrechtete Situation und gegen einen immer breiter werdenden 'rassistischen Konsens' in der Gesellschaft zwang llinksradikale und Autonome zu einer stärkeren Beteiligung als bisher. Die Aktionen, insbesondere die in der Schärfe noch nie dagewesene Auseinandersetzung um das Bleiberecht und die Zwangsumverteilung der Flüchtlinge, die mit autonomen UnterstützerInnen die Schalomkirche in Norderstedt besetzt hatten, lieferten einerseits eine Reihe neuer Erfahrungen, warfen andererseits aber auch neue Fragen um die perspektivische Weiterentwicklung und die gesellschaftliche Dimension des Kampfes auf.

Der folgende Beitrag greift diese Fragen auf und versucht die Debatte inhaltlich zu vertiefen[0].

In einigen Stellungnahmen zum Kampf der Flüchtlinge in Norderstedt wurde die Einschätzung geäußert, daß die Durchsetzung der Flüchtlingsforderung ***"von Anfang an unwahrscheinlich war..."***, da diese Auseinandersetzung an einem ***"ganz empfindlichen Kern politischer Machtfrage"*** (Kritikpapier im Info 7') rührte. Wir teilen diese Einschätzung, und meinen damit vor allem die Regulierung des Arbeitsmarkte mittels völliger Entrechtung von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen und der Kontrolle von Einwanderung und Verteilung von Menschen. Die Kieler Landesregierung statuierte hier ein Exempel, wobei sie sich nicht einmal davor scheute, ihre eigenen 1988 formulierten Forderungen nach einer Abschaffung von Gemeinschaftunterkünften, "Liberalisierung der Aufenthaltsregelung für Asylbewerber" (88'er Wahlkampfprogramm) auf den Kopf zu stellen. Es ist zwar nicht neu, daß Mensch auf SPD-bla nichts geben kann, aber die Schärfe der Auseinandersetzung zeigt dennoch, wie wichtig den 'Herrschenden' in dieser Frage der Erfolg war. Nicht nur die Allianz der Flüchtlinge mit Autonomen, die trotz vielfältiger Probleme im Ganzen recht gut funktionierte, sondern auch die scheinbar 'reformistischen' Forderungen "Gegen Abschiebung / Bleiberecht für alle / Wohnung und Arbeit für alle / verhindert Zwangsumverteilungen und Abschiebungen / Aufnahmegarantie für alle vor Rassistischen Angriffen geflohenen Flüchtlinge..." paßten einigen offensichtlich ganz und gar nicht.

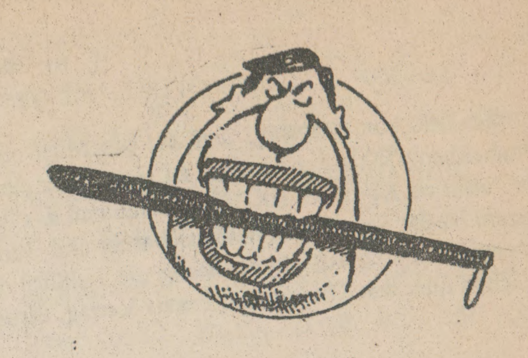
Europa zwischen Abschottung und regulierter Einwanderung

In Westeuropa gibt es die Initiative seitens der EG-Staaten die "Asyl-Politik" gemeinsam zu organisieren. Eine der Grundlagen dieser Politik ist das "Neue Ausländergesetz" aus der Bundesrepublik, das die Lebensbedingungen von Flüchtlingen weiter verschärft, sowie alltägliche Lebensprobleme zu Abschiebungsgründen macht (z.B. wenn nicht genug Wohnraum nachgewiesen werden kann). Pilotprojekt für die Vereinheitlichung der westeuropäischen "Asylpolitik" ist das "Schengener Abkommen" (verabschiedet in Schengen, Niederlande). In



[0] In unserer Diskussion hatten zwei Texte größere Bedeutung: 1. Zwischen Verwertung und Sozialrevolte / Flüchtlings-Migrationspolitik im Neuen Europa (Schwarze Katze HH). 2. Die neue Arbeitsmigration / Vorschlag für eine militante Untersuchung, (Wildcat)

Vorgesehene Themen sind unter anderem:



- Vor- und Frühgeschichte
- Arabien in der Urgesellschaft
- Das arbische Weltreich
- Aufstieg und Niedergang des Kalifats
- Orientalischer Feudalismus
- Herausbildung der arabischen Weltregion
- Moderne arabische Staaten
- Gegenwärtige Gesellschaft und aktuelle Probleme der arabischen Länder

Die Unterbringung im Naturfreundehaus ist in Vollpension.
Die Teilnahme am Seminar kostet für Verdienende 220DM und für Nicht-verdienende 160DM.

Die Anreise ist ab Freitag, den 23.10. abends möglich
Die Abreise erfolgt am Mittwoch den 28.10. im Laufe des Tages

Anmeldung unter folgender Kontaktadresse:

Palästina Komitee Heidelberg
c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimerstr. 7a
6900 Heidelberg



Impressum
Redaktion: Vereinigte Linke
Große Klausstraße 11, O - 4020
Halle, Tel.: Halle/25537
V.i.S.d.P.: t.praast
Red.-schluß: 07.09.92
Auflage verraten wir nicht mehr, wegens Staatsschutz (viel zu viel).

erscheint zum 2. Wochenende im Monat

Subbotnik in LA

Bitte Spende 0,5 bis Maak o.m.!!!

Politische Nachrichten und Hintergründe

nicht nur für Halle

Wunsiedel
Druckzuck
Hanf legalisieren
Rassistische Überfälle

Nr. 40
10.9.'92

Thema des Monats
Befreiungsbewegungen

24.9.92
Nr. 34
39

24.9. Veranstaltung zu Jugoslavien
Südost-Kulturzentrum, Großbeerenstr.88
19 Uhr

25.9. Knastabend zur Totalverweigerung
DRUGSTORE Potsdammer 180
20 Uhr

2.10. Einheitzfestival in der Wuhlheide
mit SLIME; SKEPTIKER; TOXOPLASMA, QUETSCHENPAUA u.a.
ab 14 Uhr (Einlaß)
Karten auch im DANEBEN

3.10. Wider-Vereinigungsdemos in
Schwerin und Berlin

4.10. Solikonzert für Villa Bullenblick Bernau
Jahnsporthalle Bernau; Jahnstraße
u.a. NO EXIT
2o Uhr; Eintritt mind. 3 marx

7. 10. Jubileum

9.10. Treffen zu den Verhaftungen am Hermsdorfer Kreuz
(Hof-Demo)
Blauer Salon (EX) 20.30 Uhr

12.10. 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand
(auf den Tag genau!)



Videokino Daneben
Rigaer Str. 84
O-1035 Berlin-F'hain

Dienstag, 29.9.92, 21 Uhr

"AK KRAAK - eine Auswahl"
Einige VideomacherInnen begleiten mit ihren Kameras die Ostberliner BesetzerInnen-Bewegung. In unregelmäßigen Abständen produzieren sie die Videozeitung "AK KRAAK". Wir zeigen eine Auswahl der bisherigen Produktionen. Ein Blick zurück in unsere Geschichte... (Berlin 1990 - 1992)

Dienstag, 6.10.92, 21 Uhr

"Der Traum vom ordentlichen Anarchisten"
Ein kurzer Film über Hausbesetzungen in Ost-Berlin mit einem Einschub zur politischen Lage im vereinigungstaumelnden Deutschland um den 3. Oktober 1990. (Berlin 1990, 23 Min.)
und: "Wir werden es schaffen"
Eine "Doppelpunkt"-Reportage über die "friedlichen Experimente der HausbesetzerInnen in Ost-Berlin". Unter anderem ist die Besetzung und Räumung der Hildegard-Jadamowitz-Straße in Friedrichshain zu bestaunen.

Donnerstag, 24.9.92, 21 Uhr

"Der vergessene Widerstand"
Ein Film über den Widerstand der sogenannten "kleinen Leute", die "Auflehnung von unten".
(BRD 1983, 45 Min.)

Video im Bandito Rosso

Die Mitläufer

Der Film gilt der Frage, wie »nette Leute« Mitläufer eines verbrecherischen Systems werden konnten. Eine neue Form und eine neue Perspektive wählt Erwin Leiser für sein filmisches Porträt des Dritten Reichs. Die neue Form: Mit Schauspielern gedrehte Spielszenen werden mit Ausschnitten aus Filmen, die im Dritten Reich entstanden, zu einer Einheit zusammengesetzt. Die neue Perspektive: Der NS-Staat wird aus der Sicht des kleinen Mannes gezeigt. Episoden und authentische Aufnahmen von damals vermitteln das Bild einer oft banalen, grauen Wirklichkeit, in der das Böse immer gegenwärtig war, aber nicht immer nach außen sichtbar wurde.

Mi 30.09. 20.00 Uhr

DIE SPUR DES VATERS

NACHFORSCHUNGEN ÜBER EINEN UNBEENDETEN KRIEG

„Es war der 60. Geburtstag meines Vaters", berichtet der Filmemacher über den Beginn seines Filmvorhabens, da stellt ihm der Sohn die Frage ,Sag mal, wieviel Menschen hast du eigentlich umgebracht?'"

Der vorliegende Film ist der Versuch der Antwort auf diese Frage. Als Sohn, Autor und Regisseur folgt Christoph Boekel den Kriegstagebüchern seines Vaters durch die Sowjetunion. Die Aufzeichnungen aus den Jahren des Russlandfeldzugs legen die Spur für ein tastendes, fragendes, forschendes Gespräch zwischen zwei Generationen. So notiert der Vater: „Die bei dieser Aktion gefangenen Russen sind Mordbrenner und entsprechend zu behandeln. Gefangene sind nur zu machen, wenn sie wichtige Nachrichten zu geben versprechen."

Der Sohn folgt dieser Spur seines Vaters fast ein halbes Jahrhundert später. Er besucht Dörfer und Städte, spricht mit Opfern von gestern, erlebt, wie Mütter und Frauen noch heute nicht die Tränen zurückhalten können, wenn sie von den Grausamkeiten berichten, die sie miterlebt haben – ausgeführt von Männern wie dem Vater des Filmemachers. Aber diese Menschen erinnern sich auch an andere Deutsche, die ihre Menschlichkeit nicht der Unbarmherzigkeit des Krieges opferten.

Dieser Dokumentarfilm nähert sich einem der vielen Abschnitte entsetzlicher deutscher Geschichte. Er tut es jedoch ohne besserwisserische Anklage, ohne vordergründige Verurteilung, vielmehr findet hier eine ernsthafte Auseinandersetzung statt, die nur als Gemeinschaftsarbeit zweier Generationen unternommen werden kann.

Autor: Christoph Boekel
Produktion: Eikon-Film Karla Krause München
und
Zentrales Studio für Dokumentarfilm Moskau
1989
75 Minuten

Egon-Erwin-Kisch-Preis
beim 32. Internationalen Dokumentarfilm-Festival Leipzig 1989
Preis der Deutschen Filmkritik 1989
Evangelischer R.-Geisendörfer-Preis 1990

Mi 07.10. 20.00 Uhr

Infoladen Bandito Rosso,
Lottumst. 10a, O-1054 Berlin
Öffnungszeiten:
Mi und Do 17-21 Uhr Fr20-?

